

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

39. Sitzung vom 4. Juni 2013

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3
2. 01900-2013/0001-MDLTG: Gemäß § 21 (4) WStV Einberufung des Gemeinderates der Stadt Wien durch Bgm Dr Michael Häupl zum Thema "Missstände bei Wiener Wohnen führen zu mieterfeindlichen Zustän- den – Kontrolle versagt!"	S. 3
3. Mitteilung des Einlaufs	S. 3
4. 01900-2013/0001-MDLTG: Debatte auf Grund des Verlangens des Klubs der Wiener Freiheitlichen zum Thema "Missstände bei Wiener Wohnen führen zu mieterfeindlichen Zuständen – Kontrolle versagt!" Begründung durch GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 3
Rednerinnen bzw Redner:	
Amtsf StR Dr Michael Ludwig	S. 4
GRin Henriette Frank	S. 6
GR Norbert Walter, MAS	S. 10
GRin Birgit Hebein	S. 11
GR Dr Kurt Stürzenbecher	S. 11
GR Martin Flicker	S. 13
GR Johann Herzog	S. 14
GR Heinz Vettermann	S. 16
GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein	S. 18
GR Mag Günter Kasal	S. 21
GRin Henriette Frank	S. 21
Abstimmung	S. 22

(Beginn um 9.01 Uhr)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen!

Ich eröffne die 39. Sitzung des Wiener Gemeinderates.

Entschuldigt für heute ist eine größere Anzahl von GemeinderätInnen: GR Dr Aigner, GR Akkilic, GRin Mag Anger-Koch, GRin Mag Berger-Krotsch, GR Ekkamp, GR Holzmann, GR Lindenmayr, GR Nepp, GR Ing Rösch, GRin Schütz, GR Dr Troch, GRin Prof Dr Vitouch, GR Mag Werner-Lobo und GR Woller. Mir wurde auch mitgeteilt, dass die Frau GRin Schubert ab 12 Uhr verhindert ist.

Vom Klub der Wiener Freiheitlichen wurde ein Verlangen auf Einberufung einer Sitzung des Gemeinderates zum Thema „Missstände bei Wiener Wohnen führen zu mieterfeindlichen Zuständen - Kontrolle versagt!“ eingebracht. Der Herr Bürgermeister hat in Entsprechung des § 21 Abs 4 der Wiener Stadtverfassung im Zusammenhalt mit § 8 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien zu dieser Sitzung eingeladen. Die Geschäftsordnung sieht vor, dass in Sitzungen des Gemeinderates auf Verlangen keine Geschäftsstücke behandelt werden. Der Entfall von Fragestunde, Aktueller Stunde und Dringlichen Initiativen ist in der Fraktionsvereinbarung festgeschrieben.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen vom Klub der ÖVP eine und vom Klub der Wiener Freiheitlichen zwei eingelangt sind. Anträge sind keine abgegeben worden.

Wir kommen nun zur Besprechung des Verlangens. Zur Begründung hat sich Herr GR Mag Gudenus zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, wobei ich bemerke, dass die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt ist.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Kollegen! Sehr geehrter Stadtrat!

Wir haben diese Sondersitzung verlangt, weil das Wohnen natürlich ein Grundbedürfnis ist, überhaupt keine Frage, vor allem aber, weil dieser Bereich durch die Aktivitäten, aber auch die Missstände bei Wiener Wohnen - und Wiener Wohnen kümmert sich ja um ein Drittel der Wohngelegenheiten in Wien - hier sehr beeinträchtigt ist.

Aber lassen Sie mich anfangs einmal einen großen Dank an all die Helfer aussprechen, an die freiwilligen Helfer, an das Bundesheer, an die Feuerwehr, an die Polizei und auch an die Rettungskräfte, die tagtäglich und auch in der Nacht, 24 Stunden, unermüdlich im Einsatz sind, um hier das Beste zu tun, um allen Hochwasseropfern zu helfen beziehungsweise um zu verhindern, dass noch mehr Menschen zu Schaden kommen. Lassen Sie mich auch mein Mitgefühl all denjenigen ausdrücken, die ihr Haus und ihr Hab und Gut verloren haben. Wir hoffen alle, dass sich das Ganze noch relativ glimpflich vor allem auf Wien auswirkt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Natürlich ist Wohnen ein Grundbedürfnis und ich finde es ja fast rührend, wie sich jetzt hier auch die Altparteien oder die ehemaligen Großparteien dem Thema

annehmen. Vor allem seit ein paar Monaten sieht man ja eine sehr große Betriebsamkeit, eine sehr große Emsigkeit, wenn es um das Thema Wohnen geht. Allerdings ist dieses politische Engagement für ein leistbares Wohnen, für einen leistbaren Wohnraum ja eigentlich an Falschheit kaum zu überbieten. Wenn man sich hier die Vorschläge ansieht oder die Werbemaßnahmen, zum Beispiel „7 Euro Miete pro Quadratmeter“ von dieser Seite, oder die andere Partei kämpft für ein leistbares Wohnen, so ist das alles doch nichts anderes als billiger Populismus. Es ist billiger Populismus und man muss schon auch eines sagen: Es ist ja nicht so als wären die Parteien, die jetzt plötzlich für leistbares Wohnen eintreten, erst seit Kurzem, bis auf eine Ausnahme, in der Regierung. Es ist ja doch schon eher so, dass die Sozialdemokratie in Wien seit vielen Jahrzehnten das Sagen hat und eigentlich auch in Österreich bis auf wenige zeitliche Ausnahmen in der Regierung gesessen ist. Aber auch die ÖVP sitzt seit Langem in der Regierung. Und jetzt plötzlich kommen die Großparteien daher und sagen, sie kämpfen für leistbares Wohnen!

Aber wir wissen ja ganz genau, was hier vor der Tür steht: Es ist die Nationalratswahl. Und jetzt kurz vor der Nationalratswahl kommen Sie drauf, dass in Sachen Wohnen vieles im Argen liegt, dass die Kaufkraft der Menschen seit der Euroeinführung plötzlich um bis zu 35 Prozent eingebrochen ist und dass sich die Bürger das Wohnen zum Teil überhaupt nicht mehr leisten können. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das glaubt Ihnen ja keiner, dass Sie plötzlich auf diese Idee kommen! Jetzt plötzlich kurz vor der Nationalratswahl entwickeln Sie diese Betriebsamkeit? Also da passt in Wirklichkeit nur ein Sprichwort ganz zutreffend: Am Abend wird der Faule fleißig. Das trifft genau auf Sie zu (*Beifall bei der FPÖ.*), weil Sie ja die letzten Jahre und die letzten Jahrzehnte genügend Möglichkeiten gehabt haben, um hier Änderungen im Sinne der Mieter auch möglich zu machen.

Es ist ja vor allem die SPÖ in Wien, die in Sachen Wohnkosten die Preistreiberin Nummer 1 ist. Die SPÖ-Wien ist die Preistreiberin Nummer 1, weil Sie haben sich ja seit vielen Jahren vom sozialen Wohnbau verabschiedet! Wiener Wohnen wurde im Endeffekt zu nichts anderem gemacht als zu einer Spielwiese für rote Güstlinge! Ein Skandal jagt den nächsten und zu Lasten der Mieter werden hier weitere Skandale produziert. Man kann sich auch des Eindrucks nicht erwehren, sehr geehrter Herr Stadtrat, dass, wenn man so die Zeitungen aufschlägt, die Hauptaufgabe von Wiener Wohnen darin besteht, Inserate zu schalten. Da werden tagtäglich Inserate geschaltet, viertelseitig, halbseitig, ganzseitig, doppelseitig. Ich meine, man bekommt irgendwie schon den Eindruck, die Hauptaufgabe von Wiener Wohnen – ein wirklich essentieller Bestandteil der Daseinsvorsorge in Wien - besteht darin, Inserate zu schalten. Es kann doch bitte nicht sein, dass da tagtäglich –zig Tausende Euro hineinfließen, um hier Inserate zu produzieren, sehr geehrter Herr Stadtrat, und gleichzeitig werden Skandale produziert und mit den Inseraten werden wiederum die Skandale zugedeckt! Das ist eine Methode, die wir nicht

weiter dulden können und die Wienerinnen und Wiener nicht weiter auf sich sitzen lassen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wie gesagt, was ist denn das im Endeffekt mittlerweile schon politologisch? Welche Bezeichnung gibt es dafür? Es war ja Ihr Vorgänger, der Herr Wohnbaustadtrat Faymann, der die Gemeindebauten für Drittstaatsangehörige geöffnet hat. Das war auch schon mal ein großer, großer Fehler, der hier in Wien passiert ist. Aber die Tatsache, dass hier Inserate verwendet werden, um die Pressefreiheit einzuschränken, und das ist ja der Fall, das ist ja nichts anderes als der Faymannismus. Das kennen wir, seitdem der Herr Faymann Wohnbaustadtrat war. Jetzt ist er Bundeskanzler und im Endeffekt ist es genau die Wiener Schule des Inserateschaltens und die Wiener Schule der Einschränkung der Pressefreiheit, die hier auf Kosten der Mieter und auf Kosten der Gebühren- und Steuerzahler passiert.

Und dann ist natürlich der unsoziale Gebührenwucher vor allem der letzten Jahre da, vor allem auch seit der Regierungsbeteiligung der GRÜNEN. Der unsoziale Gebührenwucher erledigt dann den Rest. Sie haben es ja genau mit diesem Gebührenwucher geschafft, dass die Betriebskosten in Wien mittlerweile schon bis zu einem Drittel der Bruttowohnkosten ausmachen. Das ist ja auch einzigartig: Ein Drittel der Bruttowohnkosten sind die Betriebskosten! Das ist ja österreichweit sowieso fast einzigartig, aber wahrscheinlich auch europaweit einzigartig. Das ist unrühmlicher Österreichrekord. Aber Sie können ja leider nicht genug bekommen. Sie träumen ja mittlerweile schon von einer Infrastrukturabgabe ab dem Jahr 2014. Man bekommt ja mittlerweile schon Angst, denn immer, wenn sich die SPÖ in Rust trifft und von einem Konjunkturpaket spricht, wissen wir ganz genau, es kommt für die Wienerinnen und Wiener das nächste Belastungspaket, das hier über Wien hereinbricht. Wir haben jedes Mal Angst vor der nächsten Klausur in Rust. Die Wienerinnen und Wiener haben Angst vor der nächsten Klausur in Rust *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*, weil dann von einem Konjunkturpaket in einem reinen Euphemismus gesprochen wird, aber nichts anderes als ein Belastungspaket über die Wienerinnen und Wiener schwappet. Und genau das lehnen wir Freiheitliche ab, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und genau das lehnt auch der Rechnungshof ab, der nicht zu Unrecht von einer illegalen Steuer spricht, die Sie mittlerweile aus den Gebühren entwickelt haben. Kanal, Müll, Wasser, all das ist mehrmals überdeckt und ist ja nichts anderes als eine illegale Steuer, die Sie hier eintreiben. Das sagt der Rechnungshof nicht nur ein Mal. Aber das ist Ihnen anscheinend egal, Sie fuhrwerken weiter!

Nicht zuletzt sind ja all die vielen Skandale, die wir heute noch ansprechen werden, im Endeffekt wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs und der Herr Stadtrat ist gut beraten, heute dazu Stellung zu nehmen und sich hier nicht von Gemeinderäten verteidigen zu lassen, sondern persönlich Stellung zu nehmen. Sie haben heute und hier die Möglichkeit, hinauszugehen und zu den ganzen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Was ist hier passiert? Was passiert bei den Vergabeprakti-

ken? Was passiert bei den überhöhten Aufträgen? Was steckt beim Herrn Wiener-Wohnen-Chef Neumayer dahinter, wo es Vorwürfe gibt und schon ermittelt wird, dass hier bei Vergabetätigkeiten Familienmitglieder bevorzugt wurden. Was steckt dahinter, Herr Stadtrat? Kommen Sie heraus, nehmen Sie Stellung dazu und lassen Sie im Endeffekt nicht immer nur das typisch alte sozialistische Prinzip in Wien fuhrwerken, dass man erst reagiert, wenn die Staatsanwaltschaft schon ermittelt. Das kann es nicht sein! Das ist keine verantwortungsvolle Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)* Kommen Sie raus, nehmen Sie Stellung und tragen Sie dazu bei, dass hier einmal Aufklärung passiert, dass Licht ins Dunkel kommt und nicht erst, wenn die Medien darüber schreiben und die Staatsanwaltschaft ermittelt! Das ist keine politische Verantwortung! Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr, sehr geehrter Herr Stadtrat! Kommen Sie raus! Nehmen Sie Stellung und bringen Sie Licht ins Dunkel! Sie sind das den vielen Mietern in Wien schuldig! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich eröffne die Debatte, wobei ich vermerke, dass für die laufende Rednerliste, die wir zur Verfügung haben, und ich beziehe mich nur auf die Rednerliste der GemeinderätInnen, für die folgenden Wortmeldungen die Redezeit für die erste Runde nach dem Begründen des Verlangens 30 Minuten beträgt, die Redezeit jedes weiteren Redners ist mit 15 Minuten begrenzt. Und, Kollege Gudenus, Sie hätten die Aufforderung nicht aussprechen müssen. Der Herr Stadtrat hat sich bereits zum Wort gemeldet, und zwar unter Hinweis auf § 20 Abs 2 der Geschäftsordnung hat ein Stadtrat jederzeit die Möglichkeit, sich zum Wort zu melden, wobei in diesem Fall die Redezeit nicht begrenzt ist. Sehr geehrter Herr Stadtrat, ich erteile Ihnen das Wort.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Hoher Gemeinderat!

Ich melde mich natürlich immer sehr gerne, gerade auch zu Themen meines Ressorts. Aber bevor ich in das Thema einsteige, und da gebe ich Ihnen, Herr Klubvorsitzender, in diesem einen Punkt recht, möchte auch ich mich ganz herzlich bei allen Einsatzkräften bedanken, die jetzt bei diesem Hochwasserunglück in Österreich und weit darüber hinaus auch tätig sind. Nur vielleicht sollte man gerade als Wiener Mandatar immer daran erinnern, dass wir mit großem Schrecken auf die Bilder blicken, die wir jetzt auch im Fernsehen, in den Zeitungen sehen, wo Städte in einem Ausmaß von Hochwasser betroffen sind, wie wir uns das erfreulicherweise in Wien nicht vorstellen können.

Wir müssen uns das deshalb in Wien nicht vorstellen, weil wir schon zeitgerecht mit der Donauinsel einen Hochwasserschutz geplant haben, der Garantie dafür ist, dass die Wiener Bevölkerung vor solchen Katastrophen geschützt ist. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern und bin leider auch schon so lange politisch tätig, leider deshalb, weil das auch auf mein Lebensalter Rückschlüsse zulässt, dass diese Maßnahme politisch sehr umstritten war und die Donauinsel gegen politischen Widerstand in dieser Stadt durchgesetzt werden musste. Heute, glaub' ich, sind wir alle über die Partei-

grenzen hinweg sehr froh, dass wir die Donauinsel haben. Wenn wir die Bevölkerung jetzt in anderen Städten unterstützen müssen, die unter furchtbarem Hochwasser leiden, dann sind wir froh, dass wir in Wien für die Wiener Bevölkerung mit der Donauinsel Vorkehrungen getroffen haben. (*Beifall bei SPÖ, GRÜNEN und FPÖ.*) Nebenbei sei erwähnt, dass dieser Hochwasserschutz nicht nur als Hochwasserschutz fungiert, sondern weit darüber hinaus auch als ein Naherholungsgebiet für Wienerinnen und Wiener und für viele Menschen, die in unsere Stadt kommen.

Aber zu Ihren konkreten Vorwürfen und zum unmittelbaren Anlass dieses Sondergemeinderates, dem ja schon ein Sondergemeinderatsausschuss vorausgegangen ist. Wir haben uns ja auch schon sehr intensiv mit diesen heute von Ihnen geäußerten Vorwürfen im Rahmen des Wohnbauausschusses beschäftigt. Auch dort war ich sehr gerne bereit, alles dazu beizutragen, um Vorwürfe, die auch aus Ihrer Fraktion gekommen sind, aufzuklären.

Ich möchte deshalb ein wenig in die Vergangenheit zurückschauen, in die letzten Monate, und vielleicht auch fernab der Polemik, die es in der politischen Diskussion immer gibt, darstellen: Was ist tatsächlich an Vorwürfen am Tisch? Und hier haben wir bei Wiener Wohnen keineswegs darauf gewartet, dass Medien, dass andere Parteien irgendetwas aufdecken, sondern ganz im Gegenteil. Seit der neue Direktor Ing Josef Neumayer im November 2011 seine Tätigkeit aufgenommen hat, hat er von mir auch den konkreten Auftrag bekommen und hat ihn mit großer Tatkraft umgesetzt, dass es hier verstärkte Kontrollen gibt, auch deshalb, weil uns manche Erscheinungen in der Wiener Wirtschaft, und nicht nur dort, aber auch in der Wiener Wirtschaft, als besonders kontrollierenswert erschienen sind, insbesondere auch bei der Leistungserbringung bestimmter Aufträge. Und, Herr Klubvorsitzender Gudenus, Sie haben es selbst angesprochen: Ja, es ist richtig, Wiener Wohnen stellt einen sehr großen Anteil der Wohnungen unserer Stadt. Sie haben selbst davon gesprochen, ein Drittel der Wohnungen in unserer Stadt wird von Wiener Wohnen betreut. Darauf sind wir auch stolz. Das ist eine große Leistung, eine Leistung jahrzehntelanger kontinuierlicher Wohnbaupolitik, die dazu führt, dass insgesamt mehr als 60 Prozent aller Wienerinnen und Wiener in einer geförderten Wohnung leben können, entweder in einer der 220 000 Gemeindewohnungen oder in einer der 200 000 geförderten Wohnungen. Darauf sind wir stolz und darauf können wir zu Recht stolz sein, weil das mit ein Grund ist, dass die Mieten insgesamt in unserer Stadt deutlich niedriger sind als in den meisten anderen, oder man kann eigentlich sagen, in allen europäischen Großstädten, die mit Wien vergleichbar sind. Das ist kein Zufall. Das ist ebenfalls Ergebnis einer jahrzehntelangen kontinuierlichen Wohnbaupolitik in unserer Stadt, die wir immer sehr ernst genommen haben.

Wenn Sie, Herr Klubvorsitzender Gudenus, sagen, wir beginnen, uns jetzt mit diesem Thema zu beschäftigen, so sehen wir an dem, was gebaut ist, dass das nicht stimmt. Wir brauchen nicht vom Reden zum Tun zu

kommen. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Leistbarkeit!*) Das, was wir reden, das setzen wir auch um. Das haben wir in der Vergangenheit bewiesen, das machen wir in der Gegenwart und das werden wir auch in Zukunft machen. Darum können sich die Menschen auch die Wohnungen in Wien leisten. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Und wenn wir auch einen internationalen Vergleich anstellen, so muss man sagen, in den meisten Städten - und da rede ich noch gar nicht von London, wo die Mieten im Schnitt drei Mal so hoch sind oder von Paris, wo sie doppelt so hoch sind. Da können wir auch Städte wie Hamburg, Barcelona, Mailand heranziehen, wo die Mieten im Schnitt um 100 Prozent höher sind.

Oder München, eine Stadt, die schon kleiner ist als Wien, wo die Mieten im Schnitt um 40 Prozent höher sind. Aber wo Sie recht haben, Herr Klubvorsitzender Gudenus, ist der Umstand, dass es ein Segment am Wohnungsmarkt gibt, wo die Mieten sehr stark steigen, ja, das ist richtig, und das ist im privaten Wohnhausbereich. Das ist mit ein Grund, dass die Sozialdemokratische Partei ja vorgeschlagen hat, auch zu einer Novelle des Mietrechtsgesetzes zu kommen. Das ist ein Bundesgesetz und ich kann nur alle Parteien einladen, auch noch bis zur Wahl gemeinsam zu Lösungen zu kommen, dass eine Novelle des Mietrechtsgesetzes möglich ist. Wir in der SPÖ werden uns dem nicht versperren, ganz im Gegenteil. Wir sind hier Motor, gerade die SPÖ-Wien, was eine Novelle des Mietrechtsgesetzes betrifft, um Mieterinnen und Mieter stärker zu schützen, nämlich dort, wo die Mieten nämlich wirklich gravierend steigen, im privaten Wohnhausbereich. Dort haben wir eine explosionsartige Steigerung der Miethöhen in den letzten Monaten und Jahren zu verzeichnen! Dort muss man in der Tat Maßnahmen setzen, da gebe ich Ihnen völlig recht. Aber da warte ich auf eine entsprechende Unterstützung auch im Parlament. Die Vorstöße der SPÖ gibt es. Meine Vorschläge als Wohnbaustadtrat liegen am Tisch und ich würde mich sehr freuen, wenn wir die vielleicht noch bis zur Nationalratswahl gemeinsam umsetzen können. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

In einem liegen Sie nicht richtig, Herr Klubvorsitzender Gudenus, und das ist das, was immer wieder auch kolportiert wird und was mit den Betriebskosten in Verbindung steht. Ich kann mich da auf einen Bericht des Kontrollamtes berufen. Wir haben diesen Bericht erst vor Kurzem auch in diesem Haus diskutiert, wo sich das Kontrollamt sehr intensiv mit der Kostenstruktur bei Wiener Wohnen beschäftigt hat, auch mit den Betriebskosten beispielsweise in den städtischen Wohnhausanlagen. Im untersuchten Zeitraum von 2006 bis 2011 ist die Betriebskostenentwicklung bei Wiener Wohnen stets unter dem Durchschnitt für das Bundesland Wien gelegen. Also keine Rede davon, dass die Betriebskosten hier bei Wiener Wohnen stark steigen. Wenn man sich jetzt einige Daten aus diesem Bereich anschaut, dann sieht man, dass der langjährige Schnitt der Betriebskosten nicht nur einen sehr geringen Anstieg zeigt, sondern in bestimmten Bereichen sogar eine rückläufige Tendenz hat. Zum Beispiel sind bei der Entrümpelung die Kosten

im Durchschnitt von 0,01 EUR im Jahr 2000 auf 0,02 EUR im Jahr 2011 gestiegen. Das ist deutlich unter der Inflationsrate. Die Kosten für Strom blieben konstant auf 0,05 EUR. Die Hausbesorgerarbeiten sind in dem gesamten Zeitraum von 0,58 EUR auf 0,72 EUR gestiegen. Also wenn man hier die Inflationsrate berücksichtigt, ist das als sehr konstant zu bezeichnen. Das gilt in ähnlicher Weise auch für die Wasser- und Kanalgebühren, die Schädlingsbekämpfung und andere Kosten, die bei der Betriebskostenabrechnung eine Rolle spielen. Also von daher muss ich Ihnen in diesem Bereich widersprechen.

Es scheint mir fast schon ein bisschen redundant, dass Sie immer wieder behaupten, dass der damalige Wohnbaustadtrat die Gemeindebauten für Drittstaatsangehörige geöffnet hätte. Ich habe versucht, es hier schon einige Male zu erläutern so wie auch andere Mandatarinnen und Mandatare des Hauses. Ich will da vielleicht nur ein bisschen das Gedächtnis ein wenig erhellern. Es hat damals eine EU-Richtlinie gegeben, die vor dem Jahr 2006 in Vorbereitung war und die von Österreich umgesetzt worden ist. Und ich will nur noch einmal, so wie ich das schon einige Male getan habe, in Erinnerung rufen, wer damals die Unterschriften für Österreich geleistet hat: Das war der damalige Innenminister Strasser und das war der damalige Justizminister Böhmendorfer. Die haben damals diese EU-Richtlinie unterschrieben und haben sie damals für Österreich wirksam gemacht. Der damalige Wohnbaustadtrat Faymann hat gar keine andere Möglichkeit gehabt, als diese Richtlinie umzusetzen. Also von daher, wenn Sie von einer politischen Verantwortung sprechen wollen und wenn Sie schon dagegen sind, man kann ja diskutieren, ob man dafür oder dagegen ist, aber wenn Sie schon dagegen sind, dann würde ich Sie doch einladen, auch Ihre politische Verantwortung in diesem Themenfeld wahrzunehmen und zu sagen, ja, wir stehen dazu, was unser Justizminister damals unterschrieben hat. Das wäre politische Verantwortung! Und auch dazu, glaube ich, sollte man stehen und das nicht immer wieder abschieben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Mir ist es wichtig, dass Wiener Wohnen einen ganz wichtigen Teil im Wohnungsbestand unserer Stadt bietet. Dass Wiener Wohnen ein ganz wichtiger Garant dafür ist, dass die Wohnkosten insgesamt in unserer Stadt als moderat zu bezeichnen sind mit Ausnahme der Entwicklung in den privaten Wohnhäusern. Und dass wir beispielsweise den zweitniedrigsten Richtwert mit 5,16 EUR von ganz Österreich nach dem Burgenland haben, hängt damit zusammen, dass wir einen so hohen Anteil an geförderten Wohnungen haben, insbesondere auch an Gemeindewohnungen. Darauf sind wir stolz. Und es geht mir nicht nur darum, dass wir Wohnbauten herstellen und diese verwalten und betreuen, sondern es ist mir auch ganz wichtig, dass das Zusammenleben in den Gemeindebauten auch gut funktioniert. Auch da könnte ich jetzt eine ganze Liste aufzählen, was wir gerade in den letzten Jahren für Maßnahmen gesetzt haben.

Aber ich freue mich, dass gleichzeitig mit dem heutigen Sondergemeinderat um 11 Uhr der Wiener Bürgermeister eine hohe internationale Auszeichnung entge-

genommen wird, wo Wien als freundliche und solidarische Stadt auf Grund des Zusammenlebens auch im Wohnumfeld ausgezeichnet wird, und auf Grund des Umstandes, dass wir uns auch damit beschäftigen, dass die Menschen nicht nur nebeneinander leben, sondern dass sie auch miteinander leben. Und da ist Wiener Wohnen, wie ich meine, ein großer Garant. Wir stehen dafür, dass das nicht nur heute so ist, sondern dass das auch in Zukunft so sein wird! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Als nächste Rednerin hat sich Frau GRin Frank zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr und weise auf die 30 Minuten Redezeitbegrenzung hin.

GRin Henriette **Frank** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zuerst darf ich auch die Damen und Herren auf der Galerie begrüßen und freue mich, dass Sie unserer Wohndebatte mit Interesse beiwohnen wollen.

Herr Stadtrat, jetzt weiß ich nicht so recht, an wen ich meine Rede richten soll, denn wenn es um Wiener Wohnen geht, dann beanspruchen jetzt in letzter Zeit die GRÜNEN die Vorherrschaft, sei es die Mietzinsobergrenze oder ob man Flächenwidmung macht, sozialer Wohnbau, Fotovoltaikanlagen, Baurecht statt Verkaufen von stadteigenen Grundstücken. Aber jetzt reden wir nicht über das, sondern wir reden über Missstände, und da sind eindeutig Sie verantwortlich, Herr Stadtrat, weil Sie der Leiter des Ressorts sind.

Wann immer wir Freiheitliche Probleme aufgelistet haben, und Sie haben es jetzt wieder deutlich gemacht, dann geht es immer um Einzelfälle, die Stadt ist so super, es passiert nichts. Also nichts, was unrechtmäßig wäre oder wenn, dann sind Sie der große Aufdecker. Was ich hier mitgebracht habe, sind von den letzten fünf Jahren 1 737 Seiten Kontrollamtsberichte und ich möchte betonen, es sind keine Lobeshymnen. Es sind hier Missstände aufgezeigt und dank dem Kontrollamt haben wir dadurch mehr erfahren, als uns die Mieter zugetragen haben. Und schenken Sie denen auch etwas mehr Glauben, als wenn wir das hier vom Rednerpult tun, weil dann ist der Einzelfall wieder im Vordergrund und das steht hier für sehr, sehr viele Wohnhausanlagen und für sehr viele Mieter dieser Stadt, die mit Problemen zu kämpfen haben. *(Beifall bei der FPÖ sowie von GRin Ing Isabella Leeb und GR Dr Wolfgang Ulm.)*

Aber Sie, Herr Stadtrat, auch jetzt, und es gibt ein Wort bei der SPÖ, Sie sind immer nur stolz. Sind Sie stolz darauf, dass sich die Mieter die Mieten nicht mehr leisten können, weil Sie vom Kategoriemietzins auf den Richtwertmietzins umgestellt haben? Sie sagen immer nur, wir sind immer noch billiger als im Vergleich zu Österreich. Sie müssen von Wien ausgehen und in Wien ist der Kategoriemietzins 3,26 EUR und Sie haben schleichend zuerst auf 90 und dann auf 100 Prozent Richtwertmietzins mit 5,16 EUR umgestellt. Das ist eine drastische Erhöhung von über 50 Prozent! Und viele, viele können es sich nicht mehr leisten und die Beihilfen steigen im entsprechenden Ausmaß. Es kann doch nicht

soziale Wohnpolitik sein, alles darauf abzustellen, dass man Beihilfe gewährt! Dagegen verwehren wir uns. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vielleicht sind Sie auch stolz darauf, dass Sie die Mieten auf Grund von den Sanierungsmaßnahmen, zugegeben es sind Zeiträume zwischen 10 und 15 Jahren, aber doch immerhin so drastisch erhöht haben, dass sich viele Leute überlegen müssen, ob sie sich das auf Dauer leisten können.

Und wenn ich jetzt den Fall Rosensteingasse zitieren darf, dass man hier Mietern abverlangt, dass sie zwei Jahre rückwirkend eine Sanierungsleistung bezahlen müssen, das heißt, einen erhöhten Mietzins für eine Sanierungsleistung, die gar nicht erbracht wurde, wo man noch nicht einmal genau weiß, wann sie erbracht werden wird, dann stößt das für mich an Grenzen, die ich mit sozial nicht verbinden kann.

Aber vielleicht waren Sie sozial, denn Sie haben diesen Leuten in Aussicht gestellt, wenn sie eh bis Ende Mai oder vielleicht war es sogar bis Ende Juni ausziehen, dann brauchen sie das nicht zu zahlen. Vielleicht müssen sie dann für Elektrobefunde oder Elektroleistungen in Vorleistung treten, das ist noch nicht so ganz klar. Sie brauchen das dann nicht zu zahlen. Sie selbst stehen immer wieder hier und betonen, wie der private Wohnungsmarkt in Wien ist und wie toll es ist, Sozialwohnungen zu bekommen. Und Sie treiben bewusst solche Leute aus den Sozialwohnungen und sagen, suchen Sie sich innerhalb von zwei Monaten irgendeine leistbare Wohnung am privaten Wohnungsmarkt? Das kann man doch nicht vertreten, Herr Stadtrat! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Oder vielleicht sind Sie auch auf diese zahlreichen Missstände des Kontrollamtes stolz, auf die ich jetzt noch näher eingehen werde. Aber es ist ja auch hier feststellbar: Sobald das Kontrollamt irgendetwas aufdeckt, dann ist es vielleicht für den Moment, dass Sie Besserung geloben, vielleicht für den Moment. Denn wenn man drei, vier Jahre später die Kontrollamtsberichte liest, dann kommen genau die gleichen Fälle wieder. Dann frage ich mich: Wie ernsthaft nehmen Sie die Kontrollamtsberichte? Wie ernst nehmen Sie das Kontrollsystem dieser Stadt? Und wie ernst sind Ihre Bemühungen, irgendetwas daran zu ändern? Ich kann es bis jetzt nicht erkennen, denn wenn Sie einmal etwas machen, dann wird das mit großem Trara medial verkauft und dann verschwindet's. Das heißt, Sie haben sich da mit irgendetwas einmal in Szene gesetzt, aber nachhaltig - ein Schlagwort, das Sie so gerne verwenden - ist das für mich nicht und für die Mieter auch nicht, denn die müssen ja schließlich alles bezahlen, was hier passiert. Ich meine, dass Wiener Wohnen den Kontakt zu den Bewohnern mittlerweile schon stark verloren hat und nur mehr auf Möglichkeiten bedacht ist, die der Finanzierung des überschuldeten Budgets dienen können. Dass es dann unweigerlich zu Missständen kommen muss, das ist selbstredend.

Jetzt gehe ich auf diese Themen im Einzelnen ein. Es zieht sich schon einmal wie ein roter Faden durch fast alle Kontrollamtsberichte, die sich mit Wiener Wohnen

beschäftigen. Es sind Missstände von der Ausschreibung über die Vergabe. Es sind Missstände bei Baugenehmigungen, bei der Effizienz von Verwaltungsaufgaben, und so weiter. Es gehen Millionen verloren und Millionen, die nicht, wie Sie behaupten, Herr Stadtrat, einzig und allein Wiener Wohnen treffen, sondern der Einzige, der davon betroffen ist, ist der Wiener Steuerzahler und der Mieter, also der Steuerzahler im Allgemeinen und der Mieter, und sonst niemand, nicht Wiener Wohnen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Aber bleiben wir gleich einmal bei der Vergabe. Da ist es jetzt egal, ob es Glaser-, Elektriker-, Maler- oder Gerüstarbeiten sind und ich nehme hier ein paar Beispiele, Glaserarbeiten. Da lagen die Preise bei der Ausschreibung bis zu 45 Prozent über den Rahmenverträgen der Richtwerte vom Magistrat. Und dann gewähren solche Firmen bis zu 65 Prozent Rabatt. Sie zucken? Also diese Firmen würde ich ausscheiden. Ich kann doch nicht an die Ernsthaftigkeit eines Unternehmens glauben, wenn mir jemand 65 Prozent Rabatt gewährt! Was hat der kalkuliert? Na gar nicht, der hat etwas hingeschrieben! Niemand kann es sich in der heutigen Zeit leisten, 65 Prozent Rabatt in der Wirtschaft zu geben. Da stehen andere Dinge dahinter. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Bei den Malerarbeiten, na Wunder, bekommt plötzlich eine einzige Firma den relativ größten Anteil von diesen Kontrahentenverträgen und der Rest wurde dann auf alle verteilt. Warum diese eine? Auf das komme ich dann noch, weil damit ja dann auch der Skandal zusammenhängt.

Bei den Elektroinstallationsarbeiten ist das sowieso ganz grandios, denn da gibt der Werkmeister vor, wenn ich aus der Wohnung ausziehe, darf ich nur diese einzige Firma, einen Kontrahenten, verwenden und wenn ich ihn nicht verwende - zu überhöhten Preisen nebenbei -, dann kriege ich keinen Elektrobefund.

Aber der größte Skandal ist, dass Sie sich von jenen Menschen, die im sozialen Wohnbau leben, diese Leistungen, nämlich die Elektroinstallationen und den Elektrobefund, im Voraus bezahlen lassen, und erst, wenn ein neuer Mieter einzieht, dann kriegt der das Geld zurück? Auf welcher Basis? Sie sind als Vermieter für die Ausstattung dieser Wohnungen zuständig, aber doch nicht der Mieter! Der kann doch nicht für Wiener Wohnen in Vorlage treten! *(Beifall bei der FPÖ sowie von GRin Ing Isabella Leeb und GR Dr Wolfgang Ulm.)* Und das Skurrile dabei ist, erstens einmal kostet das Ganze bis zu 3 500 EUR und mehr. Toll, wenn jemand eine neue Wohnung will und er muss zuerst bis zu einem halben Jahr oder wie lange auch immer Wiener Wohnen mit so viel Geld in Vorlage treten! Das haben viele Menschen nicht. Auch das soll uns hier einmal bewusst werden. Aber wenn es dann darum geht, dass man just runde Verteiler weg haben will, um eckige zu machen, dass keine einzige Steckdose in einer Wohnung, die vor drei Jahren saniert worden ist, den Normen entspricht - Herr Stadtrat, Sie haben Fachleute! Fällt das niemandem auf? Den Mietern schon und die sind nicht immer Fachleute.

Sie haben dann noch Kostenerhöhung bei den Schlosserarbeiten um 35 Prozent. Installateure, na, das haben wir hier zur Genüge diskutiert, wir hatten bis zu

300 Prozent. Das ging ja letztlich auch zur Staatsanwaltschaft. Gerüste bis zu 200 Prozent plus, und, und, und. Die Liste lässt sich fortsetzen. Und nie kam irgendetwas von Ihnen, dass man dem hier einmal nachgegangen wäre. Die Kontrolle hat versagt.

Und wo ist Ihr Vorsatz, den Sie beim Amtsantritt propagiert haben? Ich zitiere aus „Wien.at 2/2007“: „Gerade der Faktor Leistbarkeit ist mir ein großes Anliegen.“ Ja, wie soll denn etwas noch leistbar sein, wenn Sie alles zu Tode sanieren, egal jetzt, ob Wohnung oder Gebäude, und niemand kann es sich leisten? Da fehlt die Leistbarkeit. Sie sind Ihrem Vorsatz untreu geworden, Herr Stadtrat! Vielleicht sollte man den Artikel wieder mal ein bisschen ausgraben und nachlesen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Hier genügt es bestimmt nicht, obwohl ich mich gefreut habe, dass Sie das übernommen haben, diese „Do it yourself“-Methode. Ja, es ist eine Hilfe für viele Mieter. Aber ich hoffe, dass es nicht nur dieser eine Fall war, wo Sie in der Zeitung waren, sondern dass es jetzt Methode wird, damit sich die Mieter auch in Zukunft die Wohnungen in Wien leisten können.

Nehmen wir jetzt die Baupolizei und da möchte ich schon auf ein sehr konkretes Beispiel eingehen. Nicht nur, dass die Baupolizei immer wieder Gegenstand des Kontrollamtes ist. Wir kennen die Bauten im 21., im 22. - flächenmäßig zu groß, zu hoch, zu dicht. Das spielte alles keine Rolle, alles war konsensmäßig, nur der Flächenwidmungsplan hat etwas anderes gesagt. Das war das einzige Pech an der Sache.

Aber ein besonders Gustostückerl ist jetzt ein Beherbergungsbetrieb im 10. Bezirk. Eingereicht als Beherbergungsbetrieb, gut, er hat eine Parkplatzverpflichtung eins zu sieben. Während die Bewilligung läuft, verkauft er Einzelappartements. Hätte er so eingereicht, wäre die Stellplatzverpflichtung eins zu eins gewesen. Er baut über die Grundgrenze zum Nachbarn. Er baut zu hoch, er hat keine Fluchtwege. Die Baupolizei sagt, alles rechtens. Bei anderen Fällen sagt das Kontrollamt, dass leider das, was gebaut wird, mit der Bewilligung nicht übereinstimmt und die Baupolizei nichts macht. Sie haben die Baupolizei zusammengelegt, damit es eben nicht mehr zu Unregelmäßigkeiten kommt, wie wir es hatten. Aber wer kontrolliert die Baupolizei? Sind die autark? Ja, das Kontrollamt, Gott sei Dank, aber es passiert ja nichts. Es müssen ja bitte, Herr Stadtrat, das ist ein Wort, das ich leider vermisste, alle Missstände doch Konsequenzen haben, egal, ob es unter den Mietern Probleme gibt oder ob es Probleme solcher Dimensionen gibt! Nicht durch das Reden kommen die Leute zusammen, sondern man muss auch einmal sagen, was Sache ist und das machen Sie genau nicht! Sie warten, ob nicht das Kontrollamt drei Jahre später das noch einmal sagt. Besserung wird gelobt, aber kommen tut sie nicht.

Und wenn man dann auch noch weiß, dass alle Firmen, die ich vorhin genannt habe, Elektriker und so weiter, an einem hängen und miteinander ganz, ganz massiv verbandelt sind - und auch das wissen Sie und das weiß man nicht nur aus den Zeitungen, sondern aus Insidergesprächen sehr genau - und dann so hohe Preise verlangen und das niemandem auffällt, da muss man

sich auch fragen: Wem nützt das? *(Beifall bei der FPÖ sowie von GRin Mag Barbara Feldmann und GRin Ing Isabella Leeb.)*

Sie bedienen sich externer Berater, zum Beispiel für technische Leistungen sind es alleine in den Jahren 2009 und 2010 Kosten von über 13,3 Millionen EUR und für externe Rechtsberatungen, ebenfalls zwischen 2009 und 2010, sind es Kosten von über 1,4 Millionen EUR.

Das besondere Gustostückerl ist, weil es ein ach so ein armer externer Rechtsberater war, ein Jurist, er hat von Ihnen gleich noch kostenlos die Kanzlei, das Internet, das Telefon und alles dazugekriegt, weil er ja nur einen Auftrag hat. Wo gibt's denn so was, Herr Stadtrat? Das sagt doch der Hausverstand und da brauch ich keine Fachberater, es kann doch nicht jemand ein Angebot legen, was seine externe Rechtsberatung macht, und dann sag' ich, weil du so lieb und nett bist, kriegst auch gleich das Büro und alles, ersparst dir Kosten! Also ich meine, ich verstehe nicht, dass das hier überhaupt niemandem auffällt. Aber wenn Sie dann wenigstens diesen externen Beratern Glauben schenken würden, die Ihnen sagen, welche Sanierungsschritte vielleicht für ein altes Gebäude erforderlich sind - aber auch das machen Sie nicht, sondern Sie gehen dann her beziehungsweise Ihre Dienststellen und sagen, wissen wir alles besser! Kostenüberschreitung 200 Prozent, kein Problem, der Wohnfonds zahlt, die Förderung ist weg und wir hätten aber Wohnungen bauen können. *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Das weiß ich nicht. Und dann verrechnen Sie aber all diese extrem hohen Kosten den Mietern und die müssen dann das Doppelte bis Dreifache an Mietzins zahlen, können sich das oft wirklich nicht mehr leisten und gehen an ihre Grenzen. Da kommt dann noch dazu, dass gar kein Geld in der Hauptmietzinsreserve ist, weil Sie - und das muss jede gute Hausverwaltung wissen, welche Kosten der Hauptmietzinsreserve angelastet werden dürfen und welche nicht, aber Wiener Wohnen ist halt anders, so wie Wien anders ist, und da wird hineingerechnet, was das Zeug so hält. Und dann wartet man. Kommt die Schlichtungsstelle auf alles drauf, muss man es zurücknehmen. Kommt sie nicht drauf, zahlt der Mieter für diese Kosten, die er gar nicht tragen muss. Aber Sie sehen noch immer kein Problem und Sie sehen keinen Handlungsbedarf, diese Methode, die hier seit Jahren vorherrscht, in irgendeiner Form zu ändern.

Sie wurden seinerzeit als Mann mit wertvollen Erfahrungen bei Neubauprojekten und Sanierungen gerühmt. Sie haben Einzelfälle nicht verfolgt, obwohl sie immer für viele Mieter als repräsentativ standen, und wir wurden nicht darüber aufgeklärt, wie es zu diesen oder jenen Kosten gekommen ist. Und wenn Sie jetzt hier bei dieser Missstandsgeschichte diesen Sondergemeinderatsausschuss zitieren: Jawohl, wir hatten ihn. Aber Ihre Kontrolle besteht darin, dass jetzt ein Team von Wiener Wohnen das überprüft. Na, ich glaub', da machen wir den Bock zum Gärtner. Bei Wiener Wohnen passiert was und dann sagt man, wir prüfen das. Sie hätten das ja prüfen können! *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)* All die Jahre hätten Sie prüfen können, die Unter-

lagen waren ja da.

Aber dass Sie an Aufklärung doch nicht so ganz interessiert sind, möchte ich jetzt noch an zwei Beispielen zeigen. Da gab es den Fall Inzersdorfer Straße 116 im 10. Bezirk und den Fall Bergmillergasse 6 im 14. Bezirk. Die Sanierungsvorhaben waren bei der Staatsanwaltschaft anhängig, weil Sie derart überhöhte Kosten verrechnet haben, dass es kriminell wurde. Ich sag' es einmal unter Anführungszeichen. Aber leider war 2010 vor der Wahl und was man da überhaupt nicht gebrauchen konnte, war ein Skandal. Über Weisung wurde alles zurückgezogen. Und heute, Herr Stadtrat, sagen Sie, wir haben alles dem Staatsanwalt übergeben. Ich befürchte, dass nach der Wahl plötzlich wieder eine Weisung kommt und wieder alles im Sand verläuft, denn das Modell hat sich nicht geändert, es ist ja alles gleich geblieben. Warum soll sich jetzt dann das ändern? Wenn man an Aufklärung interessiert ist, dann muss man das schon bis zur letzten Konsequenz durchziehen und nicht dann, wenn es heiß wird, plötzlich alles wieder zurückziehen. *(Beifall bei der FPÖ.)* Es war alles belegt!

Jetzt möchte ich da ein paar wirklich signifikante Beispiele bringen, weil Sie die Betriebskosten jetzt so herausgestrichen haben, wie stark das jetzt unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Es mag ja sein ... *(Amtsf StR Dr Michael Ludwig: Wien-Durchschnitt!)* Unter dem Wien-Durchschnitt, okay. Aber bei Wiener Wohnen a) es werden nicht einmal alle Bezirke mit denselben Sätzen verrechnet. Das ist mir sowieso schleierhaft, dass in einem Bezirk eine Leistung im Betriebskostenzusammenhang teurer ist als vielleicht in einem anderen Bezirk oder dort billiger ist als in dem. Wie so etwas zustande kommt, das weiß ich nicht. Ich meine, Betriebskosten ist ein Satz, das Wasser ist im 23. nicht billiger als im 12., das versteh' ich nicht. Es ist ja auch nicht nachzuvollziehen, dass, wenn ich heute eine CD über Betriebskosten kriege, die andere Daten ausweist, als wenn ich mir dasselbe in Papierform ausdrucken lasse. Das versteht doch auch niemand. Wenn wir ständig Verwaltungserneuerungen machen und viel Geld investieren, dann versteh ich nicht, wie diese Fehler trotzdem laufend zustande kommen.

Aber ich habe Ihnen Daten versprochen: Zwischen 2006 und 2011 51 Prozent Erhöhung bei Entrümpelung, 54 Prozent bei der Schädlingsbekämpfung, 55 Prozent bei der Gartenbetreuung. Bei einer Wohnhausanlage war innerhalb von 5 Jahren bei der Gartenbetreuung ein Plus von 90 Prozent, beim Baumkataster 123 Prozent, beim Gehölzschnitt 307 Prozent und so weiter, und so weiter. Also bei all diesen Wohnhausanlagen stellte sich dann heraus, dass alleine die Hausbesorgungsarbeiten einen Anteil von 37 Prozent ausmachen, 37 Prozent! Und da ist es so, wenn der Hausbesorger geht und die Fremdbetreuung kommt, dann steigen die Kosten der Fremdbetreuung, aber die Kosten für den Hausbesorger werden nicht weniger. Das fällt auch niemandem auf, wenn es nicht das Kontrollamt gäbe. Also ich glaube, dass ich jetzt hier wirklich schon eine ganze Menge von Fällen aufgezählt habe.

Ich möchte jetzt einmal nur meine Anträge einbrin-

gen, damit ich das nicht vergesse. Und da geht es wieder einmal um die Wohnbaufördermittel. Ich glaube, der Herr GR Meidlinger ist heute nicht da, denn wenn er so einen Antrag bei der Kammer einbringt und hier permanent die SPÖ den Antrag ablehnt - Herr Stadtrat, wollen Sie eine Zweckbindung der Wohnbauförderung oder wollen Sie sie nicht? Ja wenn Sie es wollen, warum stimmen Sie nicht zu? Sie lehnen ihn die letzten paar Mal ab. Ich versuche es heute erneut und reiche diese ... *(an den Vorsitzenden GR Godwin Schuster gerichtet)* Ich geb' Ihnen dann alles.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Ja bitte.

GRin Henriette **Frank** *(fortsetzend)*: Bitte, ja genau in der Reihenfolge, gut.

Das Nächste ist, ich hab' schon darüber gesprochen, die Höhe des Richtwertmietzinses und brauch' das jetzt nicht noch mehr auszubauen. Aber, Herr Stadtrat, wenn eine Mietzinsobergrenze von 7 EUR von den GRÜNEN gefordert wird und Sie bei den Smart-Wohnungen bei 7,50 EUR liegen, dann ist das ... *(Amtsf StR Dr Michael Ludwig: Brutto! Brutto!)* Ja aber vom Richtwertmietzins ist das auch noch ein Stück entfernt. Sie tun immer so, als täten Sie es eh schon herschenken. Geben Sie 3,16 EUR Kategoriemietzins, mehr fordern wir ja gar nicht! Aber vielleicht zahlen wir dann auch weniger Beihilfen aus, das wäre ja schon gigantisch! Also Kategoriemietzins.

Und nun das Letzte und da geht es jetzt um die Beihilfen und das, finde ich, ist ein wirklich soziales Problem, denn viele Menschen fallen auch bei der Beihilfe durch den Rost, weil sie einfach zu wenig Mittel haben. Es steigen die Kosten, es steigen die Betriebskosten, die Energiekosten, die Mietkosten, aber diese Mieter haben nicht einmal ein Recht auf Beihilfe, weil sie unter dem Mindesteinkommen liegen. Ich finde, das ist sozial nicht vertretbar und deshalb hier der Antrag. Bitte stimmen Sie einfach bei allen drei zu, das ist schon der erste Schritt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zum Schluss möchte ich nur noch sagen: Herr Stadtrat, wir brauchen keine Zurufe von Bundeskanzler, Staatssekretär oder Nationalrätin. Die waren alle mit dem Wohnbauressort befasst, alle, und kommen jetzt die letzten zwei Monate, vielleicht sind es drei, sind wir großzügig, und wissen, wie man im Wohnbau etwas verändern muss. Hier könnte man meinen, es handelt sich um Fachkräfte, die acht Jahre Zeit hatten, etwas zu ändern. Acht Jahre! Und jetzt bilden Sie eine Arbeitsgruppe, wo selbst Fachkreise daran zweifeln, dass dabei irgendetwas Positives herauskommt. Denn eines muss man klar sagen: Die Maklerprovision alleine ist es sicher nicht. Das ist vielleicht ein Faktor. Aber sich auf dem aufzuhängen, wenn es so viele andere Dinge gibt, die beseitigt werden könnten, das ist zu wenig. *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)*

Also ich hoffe, Herr Stadtrat, dass Sie mehr auf die Freiheitlichen hören, denn viele der Unregelmäßigkeiten, die letztlich auch das Kontrollamt sehr intensiv bearbeitet hat, wurden im Laufe der Jahre durch uns aufgedeckt und Sie haben sie nicht zur Kenntnis genommen. Seien

Sie nicht auf das stolz, was nicht stimmt, sondern versuchen Sie gemeinsam mit den Freiheitlichen, den Mietern und Mieterinnen das Gefühl zu geben, dass Sie für diese da sind und nicht als Interessensvertreter einzelner Firmen fungieren. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr GR Walter und ich erteile es ihm.

GR Norbert **Walter**, MAS (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Der Kollege Gudenus und der Herr Stadtrat haben das Hochwasser angesprochen und ich glaube, auch von unserer Seite kann ich nur sagen, den betroffenen Menschen in diesen Hochwassergebieten gebührt mehr als Aufmerksamkeit. Ich denke mir dann, wenn wir hier herinnen um des Kaisers Bart über das eine oder andere diskutieren, und wenn ich mir meine Kollegin Frank als Vorrednerin angehört habe, dann ist eigentlich der Kollege Stadtrat eh schon verurteilt, weil eigentlich eh alles schlecht ist. Aber dem will ich mich nicht anschließen und ich sag' das auch ganz offen, weil wer ein bisschen auf der Welt herumkommt und wer diesen Wohnhausbestand in Wien kennt, der nicht einfach ist, dann sollten wir auch stolz darauf sein, dass es ihn gibt.

Nichtsdestotrotz gibt es dort aber auch Dinge, die man so nicht weiterspielen kann. Ich sag' das auch ganz offen und ich hab' das vor Kurzem schon einmal gesagt: Wenn wir manche Dinge nicht ändern werden, dann werden sie uns verändern. Vor allem Sie, Herr Stadtrat, haben die Notwendigkeit, und das ist Ihre politische Verantwortung, nicht nur Schönwetterreden zu halten, sondern Sie sind dafür verantwortlich. Wenn es dort Missstände gibt, dann sind die nicht nur aufzuklären, sondern abzustellen und die Dinge für die Zukunft so herzurichten, dass sie nicht mehr passieren können. Aber manches Mal habe ich das Gefühl, dass die Sozialdemokratie sagt, es ist eh alles paletti. Aber dem ist nicht so, weil, und da muss ich der Kollegin Frank recht geben, wenn hier über 1 500 Seiten Kontrollamtsberichte liegen, dann ist es in der Tat ein Thema. Es geht ja nicht darum, dass man die nicht einmal durchliest, sondern dass man auch die Konsequenzen daraus zieht.

Aber nichtsdestotrotz muss ich schon eines auch sagen, lieber Kollege Gudenus und liebe Kollegin Frank: Ich finde es auch ein bisschen billigen Populismus, sich hier herauszustellen und einzelne Beispiele herauszunehmen, denn eines ist auch klar: Wenn es Wiener Wohnen nicht kann, dann sollte man es in Hände geben, die es können. Das sind Private, das sind Gemeinnützige, die können Häuser verwalten. Sie können es in der Regel recht gut, ansonsten hätten sie eh schon lang von ihren Mietern einen „Weis!“ gekriegt. Und die Mieterbeirätinnen und –beiräte bei Wiener Wohnen, das ist in Wahrheit auch eine schöne Geschichte, aber zum Melden haben sie auch nichts. Und damit sage ich, streichen wir die Mieterbeirätinnen und –beiräte, denn die beste Kontrolle ist immer die Mieterin und der Mieter in der Wohnung. Egal, ob saniert wird, egal, ob was hergerichtet wird, denn dass dort zum Teil horrenden Preise ver-

langt werden - aber das ist nicht nur im Gemeindebau so, es ist auch in der Gemeinnützigkeit so. Denn wenn jemand dort eine Wohnung mietet oder kauft und er braucht eine zusätzliche Steckdose und die kostet 200 EUR; mit Verlaub gesagt, so ist das nicht nur Wucher, sondern das ist eine Frechheit, weil so schaut es nämlich in der Regel aus. Und sind wir uns ehrlich: Jetzt sich hinzustellen und zu sagen, ich mache ein Team mit 50 Leuten aus dem eigenen Haus, finde ich prinzipiell gut. Aber es wird keine Wirkung zeigen, denn sich selber zu kontrollieren, ist ein bisschen eine lustige Geschichte. Das ist ungefähr so, als ob ich, die Kollegin hat es eh gesagt, den Bock zum Gärtner mache.

Und lieber Herr Stadtrat, wenn Sie sich herausstellen und sagen, Sie sind für eine Mietrechtsnovelle - das sind wir auch. Aber Sie können in Wien beginnen und zwar bei Wiener Wohnen, denn das erweiterte Weitergaberecht an Nichten, Enkeln und Sonstige ist weit über das Mietrechtsgesetz hinaus und führt genau zu dem, was wir immer wieder kritisieren, dass ein Teil der Wohnungen zurückgehalten wird, weil sie günstig sind, weil sie billig sind und in Wahrheit nicht mehr auf den Markt kommen. Das ist dasselbe wie bei den gemeindeeigenen Reihenhäusern, wo wir, oder sagen wir, unsere Großmütter und Großväter, vielleicht Eltern sich mit Steuergeld hingestellt haben, die sehr günstig zu bewohnen sind, aber nie wieder auf den Markt kommen, nie wieder. Das sind ungefähr 2 400 Häuser. Bei den Siedlungsgenossenschaften, wo sich die Siedler ihre Häuser selbst gebaut haben und viel Blut und Schweiß dort hineingelegt haben, dort werden die Mieten drastisch erhöht, aber bei den gemeindeeigenen Reihenhäusern passiert nichts. Die kommen sowieso nicht auf den Markt. Dann fände ich es nur gerecht, wenn man es den Mieterinnen und Mietern zum Kauf anbieten würde. Das wäre hochanständig und wäre zumindest etwas, wo man dann wieder reinvestieren kann.

Die Kollegin Frank hat kritisiert, dass man externen Beratern Geld zahlt. Na wenn man Kontrolle haben will, dann braucht man sie auch von außen, denn von innen alleine wird das nicht gelingen und da wird auch nichts passieren.

Wenn wir uns die Bauordnung ansehen, so hängt damit ja auch vieles zusammen. Ich will jetzt gar nicht all die anderen Dinge, Betriebskostenerhöhungen, die ganze Energieversorgung, die ganzen Gebühren, die ständig automatisch erhöht werden, bedienen. Dann geht es bei der Bauordnung auch darum und ich möchte dazu auch einen Antrag mit meinen Kollegen Martin Flicker, Bernhard Dworak und Wolfgang Ulm einbringen, wo es darum geht, dass die Bauordnung überprüft wird, was wirklich notwendig ist, wo wir uns nicht ständig – sprich, jährlich - über irgendwelche Erhöhungen – sprich, zusätzliche Normen – hinausreden müssten, denn ich behaupte, Minimum pro Quadratmeter sind es 150 EUR, was das verteuert.

Ich möchte noch einen Antrag einbringen, wo es auch darum geht, die Wohnungspolitik als öffentliche Aufgabe nicht nur wahrzunehmen, sondern die Sanierung fortzusetzen, aber so fortzusetzen, dass nicht nur

der Gemeindebau saniert wird, sondern auch ganze Stadtteile, und nicht nur Blocksanierungen und nicht nur Teilsanierungen, sondern ganze Stadtteile nach den ökologischen, altersgerechten und innovativen Wohnformen saniert werden.

Es jammern alle, dass es keine Nahversorgung mehr gibt und dass die Grätzeln aussterben, aber es wird nichts dagegen getan. Und gerade für die GRÜNEN, die in ihrer jahrelangen Opposition immer von Transparenz bei der Vergabe im Gemeindebau gesprochen haben, wäre es jetzt hoch an der Zeit, das beim Koalitionspartner einzufordern.

Der Stadtrat hat gesagt, dass es sich immer um eine Sachfrage handelt. – Helmar Nahr hat einmal gesagt: „Die Sachfrage ist jene Frage, wer welchen Posten besetzt.“ – In diesem Sinn: Denken Sie darüber nach, wie Sie Ihre politische Verantwortung wahrnehmen können! Handeln Sie! Und vielleicht wäre es auch nicht schlecht, wenn man der Opposition hin und wieder zuhört und sich nicht nur hinten in den letzten Reihen unterhält. – Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau GRin Hebein. Ich erteile es ihr.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch ich möchte im Namen unserer Fraktion meine Rede mit einem Dankschön beginnen, und zwar einem Dankeschön an alle Helfer und Helferinnen, die jetzt bei der Hochwasserkatastrophe in unserem Land im Einsatz sind. Vielen widerfährt jetzt unvorstellbares Leid, und unser größter Respekt gilt den Helfern und Helferinnen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Als grünes Mitglied im Kontrollausschuss möchte ich jetzt zum eigentlichen Thema Stellung beziehen: Das Thema betrifft, wie von der FPÖ angekündigt, die Missstände bei Wiener Wohnen. – Im Gegensatz zu den FPÖ-Rednern möchte ich dieses Thema definitiv ernst nehmen. Selbstverständlich müssen alle Vorwürfe, die im Raum stehen, wurscht, wo sie in dieser Stadt erhoben werden, restlos aufgeklärt werden, und zwar lückenlos. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Ein zweiter Punkt ist mir auch sehr wichtig, das halte ich fest: Für Kontrolle und Transparenz ist es natürlich sehr wichtig, dass es die Möglichkeit gibt, anonyme Anzeigen zu erstatten. Diese können zutreffen oder auch nicht, und deshalb ist ein ordentliches Verfahren durch die Staatsanwaltschaft, so wie das jetzt gehandhabt wird, von großer Bedeutung: Dann liegen nämlich Fakten auf dem Tisch, man weiß, welche Firma die Stadt Wien wie und in welchem Ausmaß betrogen hat, was man tun kann, dass so etwas nie wieder passiert, und wo man mit Verbesserungen ansetzen kann. – Das ist fraglos positiv.

Noch ein Punkt, der mir auch sehr wichtig ist: Bitte machen wir daraus keinen billigen Populismus! Reden wir diese Errungenschaft der Stadt Wien nicht zu Tode! Die Gemeindewohnungen sind eine enorme soziale Errungenschaft für die Wiener und Wienerinnen in unserer Stadt. Insofern schließen wir uns natürlich den Aus-

führungen des Herrn Stadtrats an. Leistbares Wohnen ist ein Thema und wird auch zukünftig ein Thema in unserer Stadt sein.

Was die konkreten Vorwürfe betrifft, ist es richtig und wichtig, dass hier die Staatsanwaltschaft ermittelt und Fakten auf dem Tisch liegen. – Vielen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Stürzenbecher. Ich erteile es ihm.

GR Dr Kurt **Stürzenbecher** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben heute eine Diskussion über Wiener Wohnen. Wiener Wohnen ist eine Hausverwaltung, die 220 000 Gemeindewohnungen verwaltet, und es wird oft auch in den Medien darauf hingewiesen, dass Wiener Wohnen die – zumindest uns bekannte – größte Hausverwaltung der Welt ist.

Gleichzeitig wird auch immer wieder darauf hingewiesen – und zwar nicht nur von Sozialdemokraten –, welches hohes Wohnniveau es in Wien gibt. – So war ich zum Beispiel gestern bei der Klubtagung des SPÖ-Parlamentsklubs, wo auch der Herr Stadtrat seine Vorschläge gebracht hat. Dort ist diese Tatsache nicht nur von sozusagen der SPÖ nahestehenden Referenten hervorgehoben worden. *(GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein: Ja, ja!)* Vielmehr hat beispielsweise auch der Caritas-Direktor Landau dort ganz deutlich gesagt, dass er sehr oft in anderen Städten Europas hört, welches hohes Niveau man der Wiener Wohnpolitik zumisst, vor allem im Hinblick auf das soziale Wohnen und die Tatsache, dass für ärmere Mitbürger wirklich würdige Wohnverhältnisse ermöglicht werden. Caritas-Direktor Landau, sicherlich kein Sozialdemokrat, hat in höchsten Tönen das Wiener Modell des sozialen Wohnbaus gelobt, und ich glaube, auf dieses Lob von Außenstehenden können wir wirklich stolz sein! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Der Herr Stadtrat hat schon darauf hingewiesen, dass etwa in London die Mieten im Durchschnitt drei Mal so hoch sind, dass sie in Paris mehr als doppelt so hoch sind und dass selbst in München, das auch im Wohnbereich mit einem schon sehr lange agierenden sozialdemokratischen Oberbürgermeister eine wirklich schöne, gut verwaltete Stadt ist, die Mieten immerhin um 40 Prozent höher sind als in Wien.

Für unser Wohnsystem und die Verwaltung der 220 000 Gemeindewohnungen ist Wiener Wohnen ein außerordentlich wichtiger Pfeiler. Dieses Wohnsystem wollen wir erhalten, und das lassen wir uns von Ihnen nicht schlechtreden! Wenn es Probleme gibt, muss man selbstverständlich auf diese eingehen. Darauf, dass Kollege Walter gesagt hat, dass wir immer sagen, dass alles paletti ist, möchte ich entgegenen: Es ist im Leben nie alles paletti! Es ist in einer Kommune nie alles paletti. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das ist die Untertreibung des Tages!)*

Es wird in keiner wie immer gearteten Gesellschaft stets alles paletti sein, sondern man muss sich ständig

bemühen, Fehlentwicklungen, die es gibt, zu korrigieren. Gleichzeitig muss man aber auch das Positive anerkennen, und dazu gehört, dass Wiener Wohnen unsere Gemeindewohnungen insgesamt gut verwaltet. Dort, wo es Missstände gibt, werden diese vom Stadtrat konsequent abgestellt, und es werden zügig Verbesserungen eingeführt. Dafür danken wir dem Stadtrat! Und das wird auch weiterhin der Fall sein.

In diesem Sinn erachte ich auch die Vorwürfe, die von Seiten der FPÖ gekommen sind, als nicht wirklich stichhaltig. Von der ÖVP, von Kollegen Walter, ist gekommen, dass nicht alles schlecht ist, sondern dass man auf unsere Wohnbausituation stolz sein kann. – Das ist eine durchaus wichtige Feststellung!

Wenn Kollege Walter allerdings meint, dass Private und Gemeinnützige besser verwalten könnten, dann möchte ich schon darauf hinweisen, dass das Mitbestimmungsstatut von Wiener Wohnen eine Regelung beinhaltet, dass die Mieter – theoretisch – mit einer qualifizierten Mehrheit einen Antrag stellen können, dass nicht mehr Wiener Wohnen sie verwaltet, sondern jemand anderer. Einen solchen Antrag könnten die Mieter stellen, aber das hat es noch nie gegeben, weil offenbar der weitaus größte Teil der Bewohnerinnen und Bewohner mit der Wohnsituation und der Verwaltung zufrieden ist. (*GR Mag Wolfgang Jung: Und was ist mit den Vorwürfen des Kontrollamts?*)

Natürlich ist das Bessere der Feind des Guten. Dort, wo wir es noch besser machen können, bemühen wir uns aber auch darum. Deshalb wurde die Einrichtung der Mieterbeiräte durch den Herrn Stadtrat ausgebaut und ganz besonders verstärkt, denn je mehr Mieterbeiräte es gibt und umso aktiver diese sind, desto mehr Mitbestimmung gibt es.

Wenn Kollegin Frank gesagt hat, dass die Mieterbeiräte nichts zu reden haben, dann empfehle ich ihr: Lesen Sie sich das geltende Mietermitbestimmungsstatut von Wiener Wohnen durch! Die Mieter haben sehr viele Rechte! Sie haben mehr Rechte als jede Mieterin und jeder Mieter sonst in Österreich beziehungsweise, wie ich glaube, sogar in Europa. Wir können darauf stolz sein, dass das so ist und dass die Mieter bei uns wirklich viele Rechte haben, und das wollen wir auch noch weiter verbessern.

Diese Form der Mietermitbestimmung gibt es nur bei Wiener Wohnen. Das gibt es ansatzweise bei einigen gemeinnützigen Bauträgern, jedoch bei keinem privaten Bauträger, schon gar nicht im privaten Wohnbereich. Nur Wiener Wohnen hat eine wirklich funktionierende Mietermitbestimmung und wirklich funktionierende Mieterbeiräte, und das ist wirklich eine große Leistung! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nun noch zu einigen Punkten, die Kollegin Frank vorgebracht hat. – Natürlich legt das Kontrollamt Berichte vor, und natürlich gibt es auf Grund der Kontrollamtsberichte Verbesserungen. Wir würden als Stadt Wien ja nicht das Kontrollamt mit seinen vielen hoch qualifizierten Expertinnen und Experten bezahlen, wenn dabei nichts herauskommen würde! Wenn man dort einfach sagen würde, dass grundsätzlich alles paletti und nichts

zu berichten ist, dann wäre das doch auch lebensfremd!

Wenn man die Kontrollamtsberichte durchliest, sieht man, dass es einen sehr interessanten Dialog in allen Geschäftsgruppen gibt, und das gilt natürlich auch für die Geschäftsgruppe des Wohnbereichs. Das Kontrollamt prüft manches, macht Vorschläge, dann gibt es den Dialog mit dem Ressort, und dann gibt es oft eine Synthese, indem Verbesserungen herbeigeführt werden. Und genau das ist ja der Sinn des Kontrollamts, genauso wie übrigens auch des Rechnungshofs. Es sind dies für uns wichtige Hilfsorgane, wobei der Ausdruck Hilfsorgan nichts Abwertendes ist, sondern eben eine juristischen Bezeichnung. Diese Einrichtungen helfen uns, unsere Ziele, nämlich diesfalls die bestmögliche Wohnversorgung, durchzusetzen. Das Kontrollamt ist für uns ein ganz wichtiger Partner, und die Vorschläge des Kontrollamts sind von uns immer sehr ernst zu nehmen und werden auch ernst genommen.

Man könnte auch sonst noch auf vieles eingehen, was Kollegin Frank gesagt hat. Es gibt auch ein paar Missverständnisse. So verwechseln Sie zum Beispiel im Antrag über Mietbeihilfe immer Wohnbeihilfe und Mietbeihilfe. – Mietbeihilfe bekommen alle, die sozial schwach sind, die Wohnbeihilfe ist an andere Kriterien geknüpft, und im Zusammenhang mit der jetzt auch nicht mehr ganz neuen Einführung der Mindestsicherung ist es sinnvoll und wird auch daran gearbeitet, dass wir die Wohnbeihilfe und die Mietbeihilfe zu einem gemeinsamen Wohngeld zusammenführen. Ich glaube, das wird dann ein noch dichteres und besseres System sein. Wir haben aber auch derzeit schon eine sehr gute Unterstützung für sozial schwache MieterInnen, und diese stellt eine Säule unserer Wohnpolitik dar.

Im Rahmen unserer Politik der Wohnbauförderung haben wir drei Säulen. Erstens fließt das Geld zum größeren Teil in die Förderung des Wohnungsneubaus, zweitens in die Wohnhaussanierung und drittens eben in die Subjektförderung, und alle drei Faktoren sind notwendig. Dabei wäre ich froh beziehungsweise könnten wir alle froh sein, wenn durch eine Verbesserung und Stabilisierung der weltwirtschaftlichen Lage die dritte Säule sich so entwickelt, dass wir weniger Wohnbeihilfe oder Mietbeihilfe – oder was immer das dann ist – auszahlen müssen, weil wir dann sozusagen mehr Geld für die anderen beiden Säulen zur Verfügung haben. Das wird aber, wie gesagt, nicht allein in der Wohnpolitik entschieden, sondern das bedingt quasi die gesamte Wirtschaftspolitik mit. Grundsätzlich ist dieses System der Wohnbauförderung mit seinen drei Säulen aber jedenfalls als außerordentlich positiv zu beurteilen.

Ich will nicht zu allen Anträgen, die die FPÖ schon eingebracht hat oder noch einbringen will, etwas sagen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Was wollen Sie zu Anträgen sagen, die erst eingebracht werden?*) Sie sind ja ausgeschickt worden! Ihr habt sie ja ausgeschickt! Sie sind ja jetzt nicht mehr geheim, oder? Man kann dazu doch etwas sagen! Wenn Sie diese Anträge dann doch nicht einbringen, dann sind Sie vielleicht schon daraufgekommen, dass das ein Unsinn ist, und das wäre dann ja umso besser! Insofern ist es so und so okay. (*GR Mag*

Wolfgang Jung: Das ist die lebende Selbstgerechtigkeit!

Zu dem Antrag, dass Wiener Wohnen praktisch eine Änderung in den Geschäfts- und Betriebsführungsbestimmungen bekommen soll, ist zu sagen, dass Wiener Wohnen nach § 71 unserer Stadtverfassung als Unternehmen geführt ist. Es ist dies kein ausgegliederter Betrieb, wie immer gesagt wird, sondern es ist dies ein Teil der Wiener Verwaltung. Diese Beschlussfassung, dass es sich um ein Unternehmen handeln soll, ist im Jahr 1999, übrigens mit den Stimmen der FPÖ, erfolgt, und es sind wirklich alle Kontrollrechte absolut gesichert. Wiener Wohnen besitzt keine eigene Rechtspersönlichkeit, sondern ist nach außen Teil der Stadt Wien und ist damit weder privatisiert noch ausgegliedert. Übrigens hat auch die ÖVP – wie ich in meinen Unterlagen sehe – 1999 dieser Unternehmung gemäß Stadtverfassung zugestimmt. – Ich glaube, dass das in diesem Sinn die bestmögliche Regelung ist. Diese Form der Unternehmung entspricht genau jener juristischen Form, die die Aufgaben am besten erfüllen lässt.

Schauen wir einmal: Was haben Sie noch eingebracht? – Die Zweckwidmung verfolgen wir sowieso schon seit Langem. Da haben Sie noch nicht einmal gewusst, was das Wort bedeutet! (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Außerdem hat die Stadt Wien die Zweckbindung nie für sich abgeschafft. Die Stadt Wien hat die Zweckbindung immer zu 100 Prozent befolgt. Die gesamten Mittel, die wir aus dieser föderalisierten Wohnbauförderung bekommen, werden in Wien für Wohnzwecke verwendet, und zwar zu 100 Prozent! Und darüber hinaus zahlen wir noch eigenes Geld für Wohnzwecke dazu. In Wien ist die Zweckwidmung also eindeutig erfüllt.

So gesehen ist es absolut richtig, dass wir diese Forderung für die anderen Bundesländer und insgesamt für Österreich natürlich weiter erheben, aber in Wien haben wir das schon.

Die ÖVP bringt wieder die Forderung, dass die Gemeindemieter regelmäßig ihre Lohnzettel abgeben sollen und dass Leute ausziehen oder mehr oder weniger genötigt werden sollen, die Gemeindewohnung zu kaufen, wenn sie etwas mehr verdienen. – Das sind natürlich Forderungen, die absolut unausgegoren sind, sich schlecht für alle Mieterinnen und Mieter auswirken und letztlich eine Privatisierung der Gemeindewohnungen bewirken würden, und genau das wollen wir nicht, und das haben auch 87 Prozent der Wienerinnen und Wiener bei der letzten Volksbefragung abgelehnt. Die Wienerinnen und Wiener wollen keine Privatisierung von Gemeindewohnungen, und die ÖVP liegt hier wie in vielem ganz einfach falsch. Schreiben Sie sich das bitte hinter Ihre Ohren! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Andererseits kann man sagen: Wenn man so wenige Stimmen hat, wie die ÖVP bei der letzten Wahl, nämlich ungefähr 13 Prozent, und also vielleicht 13 Prozent für eine Privatisierung und 87 Prozent dagegen sind, dann schauen Sie halt jetzt, dass Sie sich bei den 13 Prozent konsolidieren und vielleicht dort etwas herausholen. Wenn das die wirklich geniale Strategie der ÖVP ist, dann ist das natürlich auch gut, und ich wünsche viel

Glück bei der Formulierung weiterer Anträge!

Zusammenfassend kann gesagt werden: Wir Sozialdemokraten stehen immer dafür, dass wir Gutes noch besser machen. In diesem Sinn sind wir, wenn Probleme auftreten, die Ersten, die diese abstellen, die noch strengere Kontrollen eingeführt haben, als ohnehin schon bestehen, und die dafür sorgen, dass Wien weiterhin die im Wohnbereich lebenswerteste Stadt ist.

Wien ist ja auch im Allgemeinen die lebenswerteste Stadt dieser Welt, und wir setzen uns im Wohnbereich dafür ein, damit wir das in die Zukunft weiter fortschreiben. – Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Flicker. Ich erteile es ihm. Seine Redezeit ist mit 15 Minuten begrenzt.

GR Martin **Flicker** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen!

In unserer Stadt leben zirka 500 000 Wienerinnen und Wiener in 220 000 Wohnungen der Stadt Wien. Das haben wir heute schon gehört. Das heißt: Zirka ein Drittel der Stadtbevölkerung nimmt die Dienste von Wiener Wohnen in Anspruch. Diese Dienste sind bei Weitem nicht umsonst und schon gar nicht gratis.

Durch ständig steigende Kosten in vielen Bereichen wird das Wohnen in Wien immer teurer. In den letzten Jahren durften wir genügend Gebührenerhöhungen miterleben, und ich möchte die Liste kurz anreißen: Wassergebühren plus 33 Prozent, Gaspreis fast plus 10 Prozent, Fernwärme über 8 Prozent, Müllgebühr über 6 Prozent. Besonders erwähnen möchte ich auch die Parkgebühren, die um über 66 Prozent gestiegen sind. Bei der Hundeabgabe war es ein Anstieg um 65 Prozent. Als Abrundung kam für die Wirtschaftstreibenden noch die Erhöhung der U-Bahn-Steuer um 177 Prozent dazu. – Diese Liste findet aber bei Weitem kein Ende, sondern die Gebührenlawine rollt munter weiter.

Einem Vier-Personen-Haushalt wurden 2012 um etwa 310 EUR mehr Gebühren verrechnet als noch im Jahr davor. Dabei entbehren die Gebührenerhöhungen jeglicher Grundlage. Das hat auch der unabhängige Rechnungshof festgestellt: Die Stadt Wien hat bei der Einhebung der Wasser-, Abwasser- und Müllgebühren saftige Überschüsse erzielt. – Die Gebühren müssen sich jedoch an den tatsächlichen Kosten orientieren. Alles andere ist Preistreiberei auf dem Rücken der Menschen!

Durch die ungerechtfertigten Gebührenerhöhungen steigen die Lebenshaltungskosten der Wienerinnen und Wiener. Rot-Grün macht Wien teuer. Gerade in der gegenwärtig angespannten Situation ist das das falsche Signal, und die Bürgerinnen und Bürger müssen die Rechnung dafür tragen. – Leistbares Wohnen bedeutet leistbares Leben.

Im Rahmen der Überprüfung aller von Wiener Wohnen verwalteten Wohnhausanlagen durch das Kontrollamt waren als Kostentreiber Hausbesorgungsarbeiten, Müllabfuhr und Gartenarbeiten zu erkennen. Die Prüfung der Betriebskosten zeigte im Detail einen starken Anstieg einzelner Kosten. Wenngleich die Betriebskosten für

Wiener Wohnen Durchlaufposten sind, so ist deren Weiterverrechnung nicht nur mit der größtmöglichen Achtsamkeit durchzuführen, sondern ist vielmehr danach zu trachten, dass etwaige Einsparungspotenziale erkannt und realisiert werden, damit letztlich die als Unternehmensziel definierte Kundinnen- und Kundenzufriedenheit erreicht wird.

Eine Überprüfung durch das Kontrollamt gab es – wie von Kollegin Frank schon angesprochen – auch hinsichtlich der Wohnungsvergabe. Es stehen immerhin 30 000 Menschen auf der Warteliste. Im Prüfungszeitraum 2009 bis 2011 wurden von der Unternehmung Wiener Wohnen etwa 26 500 Wohnungen vergeben. 76 Prozent der Wohnungsbewerberinnen und -bewerber erhielten diese innerhalb von 2 Jahren. Die durchschnittliche Wartezeit lag bei 437 Tagen.

Es gibt auch eine Empfehlung des Kontrollamts, dass die direkte Vergabe von Wohnungen außerhalb der dynamischen Reihungslisten zentral zu organisieren ist, eine regelmäßige Überprüfung der Fälle, in denen die Wartezeit wesentlich unter beziehungsweise über dem Durchschnitt liegt, zu erfolgen hat und diese in Hinkunft in Berichtsform dokumentiert werden soll.

Im Zusammenhang mit einer Beschwerde über einen Wasserschaden in einer städtischen Wohnhausanlage wurden die eingeleiteten Maßnahmen von Wiener Wohnen zur Behebung des Schadens vom Kontrollamt untersucht. Dabei zeigte sich, dass die beauftragte Gebrechensfirma erst im vierten Anlauf eine Behebung des Schadens durchführen konnte. – Das ist aus meiner Sicht auch nicht besonders ideal!

Wie man den Tageszeitungen entnehmen kann, sind die von Ihnen, Herr Stadtrat, versprochenen Reformen bei Wiener Wohnen dringend notwendig. Ungereimtheiten bei der Vergabe, Korruptionsverdacht, unsachgemäße Ausführungen und aufgebesserte Rechnungen sind an der Tagesordnung. Neu renovierte Wohnungen werden zerlegt. Und es stimmt mich bedenklich, wenn 50 Personen, die sogenannte SOKO Gemeindebau, intern kontrollieren. Und die Rechnung dafür bezahlen – wie schon gesagt – die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Abschließend darf ich noch einen Antrag gemeinsam mit meinen Kollegen Wolfgang Ulm und Bernhard Dworak betreffend Gehalts-Check einbringen. Für die soziale Durchmischung und um günstigen Wohnraum zu schaffen, ist der Wiener Gemeindebau eine besonders wichtige Grundlage. Genau hier gilt aber, dass jemand, wenn er 3 000 EUR Einzeleinkommen hat, nicht dem sozialen Wohnbau zur Last fallen sollte.

Deshalb bringen wir diesen Antrag ein, um mehr soziale Gerechtigkeit durch einen Gehalts-Check zu erreichen. Die Bewohner sollen Wiener Wohnen alle zehn Jahre einen Gehaltszettel vorlegen, damit überprüft werden kann, ob das jeweilige Einkommen über der eingezogenen Gehaltsgrenze liegt. Zudem sind weitere entsprechende Maßnahmen zu erfüllen. – In formeller Hinsicht verlange ich die sofortige Abstimmung dieses Antrags. – *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu

Wort gemeldet ist Herr GR Herzog. Ich erteile es ihm.

GR Johann **Herzog** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr StR Ludwig!

Sie haben die Wohnungskosten in Wien mit der Feststellung beleuchtet, dass diese in Österreich sonst wo teurer wären. – Im Hinblick darauf ist natürlich ein Kalauer anzubringen: Wir leben nicht im Vergleich! Das ist auch klar.

Man muss jedenfalls feststellen: 119 000 Personen in Wien beziehen die Mindestsicherung, sind also Empfänger der Sozialhilfe. Das betrifft die Senioren, Alleinerziehende und viele andere, und für diese sind natürlich die Wohnkosten zu hoch. Rund 120 000 Sozialhilfebezieher sind aber alles in allem noch immer nur die Spitze des Eisberges. Darüber hinaus gibt es im Nahebereich dieser Armut nämlich noch immer genügend andere Personen, die in gleichen oder ähnlichen Verhältnissen leben müssen. Daher ist die Frage der Wohnungskosten für uns in Wien von ganz großer Bedeutung. Wir müssen uns massiv bemühen, klarzustellen, dass wir alles tun werden, um die Wohnungskosten möglichst gering zu halten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich habe schon einmal gesagt, dass für mich die Politik der letzten Jahre, die von den Sozialdemokraten betrieben wird, letzten Endes eine Liquidierung des Sozialbaus des Roten Wien gewesen ist. Damit meine ich vor allem die Gleichschaltung der Mieten im Gemeindebau durch die Einführung des Richtwertes mit allen anderen Wohnformen im geförderten Wohnbau. Ich glaube, dass das bedeutet, dass Richtwert gleich Zinserhöhung ist. – Das ist ein Satz, den man sich merken muss und der wichtig ist.

9 000 Wohnungen im Jahr von den 220 000 Gemeindewohnungen werden auf diese Art und Weise umgewandelt in wesentlich teurere Wohnungen, als sie es bisher waren. Das bedeutet eine 50-prozentige Erhöhung des bisherigen Mietzinses.

Parallel dazu ist festzustellen, dass durch die Einstellung des Baus von Gemeindewohnungen noch weitere Verluste für die Menschen in Bezug auf die Zurverfügungstellung von günstigem Wohnraum gegeben sind. Der entscheidende Kardinalfehler war natürlich die Abschaffung des Kategoriezinses, der zur Zeit in der A-Kategorie bei 3,26 liegt, was eine ganz klare, massive Verteuerung und Entsozialisierung des sozialen Wohnbaus bedeutet hat. – Das ist das eine, Herr StR Ludwig.

Zum anderem möchte ich sagen: Von Dr Stürzenbecher wurde die Zweckbindung der Wohnbauförderung angesprochen. Ich höre zwar, dass sich die Sozialdemokraten klar und deutlich dafür ausgesprochen haben. Allerdings habe ich nicht den Eindruck, dass Eile besteht, weder bei der ÖVP noch bei den Sozialdemokraten. Das heißt, es besteht eine Tendenz in Richtung Sankt Nimmerleinstag, überhaupt keine Frage! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Sozialdemokraten eine Ablehnung unseres Antrages ins Auge fassen könnten. Das wäre völlig unverständlich! Einerseits haben wir hier nämlich einen Antrag gestellt, der ziemlich

wortgleich einem Antrag entspricht, der am kommenden Städtetag abgestimmt werden wird und von der Mehrheitsfraktion mitgetragen und eingebracht wurde. Es wäre eine Schizophrenie sondergleichen, wenn die Sozialdemokraten in Wien einen Antrag auf Zweckbindung der Wohnbauförderung ablehnen und ein paar Tage später auf dem Städtetag in Oberösterreich einem gleichlautenden Antrag sehr wohl zustimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich gehe klar und eindeutig von einer Zustimmung der SPÖ zu diesem Antrag aus. Hinzufügen möchte ich: Dr Stürzenbecher, den ich gerade nicht sehe, hat gesagt, es sei etwas Neues hervorgeholt worden. – Darauf entgegne ich: Wir haben seit vielen Jahren bereits reihenweise Anträge in Sachen Zweckbindung der Wohnbauförderung gestellt, die immer von den Sozialdemokraten abgelehnt wurden.

Kollegin Frank hat sich sehr intensiv mit den Missständen und Skandalen bei Wiener Wohnen, die in der letzten Zeit aufgebrochen sind, beschäftigt. – Wir glauben, dass nicht zuletzt ein Grund darin besteht, dass die Kontrolle und Oberaufsicht des Gemeinderates und seiner Gremien nicht gegeben sind, gar keine Frage.

Die Volksbefragung, die sie durchgeführt haben, war zwar eine Mogelpackungen, hat aber immerhin ergeben, dass 81 Prozent der Wiener Bevölkerung nicht für Privatisierungen sind. Sie haben aber bereits jetzt 380 Betriebe in der Holding privatisiert und reihenweise Bereiche ausgelagert oder Betriebe geschaffen, bei denen es ebenfalls keine Kontrolle gibt und eine Privatisierung stattgefunden hat, ob es sich jetzt um Wiener Wohnen, um den Fonds Soziales Wien, um Wien Energie, die Öffis oder die Kanäle handelt. All das wurde bereits einer Privatisierung unterzogen und damit der Kontrolle des Gemeinderates und seiner Gremien schlicht und einfach entzogen.

Ich komme daher zu einem Antrag, der genau darauf eingeht. Ich habe letztes Mal schon festgestellt, dass dieses Statut der Unternehmung der Stadt Wien keinen Raum für Kontrolle des Gemeinderates beziehungsweise seiner Ausschüsse bietet. Zwar gibt es natürlich einen Wirtschafts- und Investitionsplan, keine Frage. Darüber hinaus werden Vierteljahresberichte gemacht. Entscheidend ist aber, dass es keine wirkliche Kontrolle der wirtschaftlichen Vorgänge bei Wiener Wohnen durch den Gemeinderat oder seine Ausschüsse gibt.

Die Tagesordnungen, die im Gemeinderat landen, sind im Großen und Ganzen eigentlich nebbich, wenn man so sagen darf. Drei Viertel betreffen nur mehr die Genehmigung von Kleingartenverkäufen oder -käufen. Das sind Angelegenheiten, die im Grunde genommen für die Leute wichtig und erfreulich sind, nicht aber die wesentlichen Bereiche von Wiener Wohnen und des Wohnens in Wien betreffen.

Mit anderen Worten erfolgen durch die Vorlage der schon letztes Mal geschilderten Tagesordnungen schlicht und einfach eine Entmachtung des Gemeinderates und ein Ausschluss von Kontrolle. Wir verlangen daher in einem Beschlussantrag mit sofortiger Abstimmung, dass neben den in den §§ 4 und 6 des Statuts geregelten Rechten des Gemeinderates beziehungsweise

se des Ausschusses verstärkte Rechte für Aufsichtsräte eingeführt werden. Insbesondere sind auch die Geschäfte und die Betriebsführung gemäß § 10, die der Direktor der Unternehmung leitet, ebenfalls der Kontrolle des Gemeinderates und des entsprechenden Ausschusses zu unterziehen. Die in § 12 des Statuts genannte Wirtschaftsführung sollte ebenfalls der Einsicht und Kontrolle des Gemeinderates und des Ausschusses unterworfen sein. – Es ist allerdings festzustellen, dass in keiner Weise in die operativen Vorgänge des Geschäfts selbst eingegriffen werden soll.

Ich glaube, dass das wichtige wäre, um bei Wiener Wohnen Offenheit und Kontrolle zu ermöglichen. Allerdings möchte ich feststellen, dass das nicht nur für Wiener Wohnen gilt, sondern für alle ausgegliederten Betriebe beziehungsweise für alle Betriebe, die nicht mehr der Kontrolle des Gemeinderates unterworfen sind. Ich möchte sogar erwähnen, dass StR Ludwig sich eigentlich der Informationspflicht nicht entzieht. Er ist aber natürlich genauso eingebunden in das System als solches, das auf der Tatsache aufgebaut ist, dass Kontrolle des Gemeinderates und Kontrolle des Ausschusses verhindert werden sollen. – Der Anträge werden dann insgesamt abgegeben werden.

Weiters stellen wir einen Antrag hinsichtlich Streichung der 10-prozentigen Mehrwertsteuer bei Wohnungsmieten. Ich glaube, dass das ein wesentlicher Faktor wäre, um eine Verbilligung im Wohnbereich bei den Mieten herbeizuführen, wobei natürlich festzustellen ist: Diese Abschaffung der 10-prozentigen Mehrwertsteuer betrifft nur Wohnmieten selbst, jedoch nicht Geschäftsmieten und Betriebskosten.

Ich glaube, das wäre ein Beitrag der Republik Österreich zu einer allgemeinen Kostensenkung, die auch insofern gerechtfertigt wäre, als die jetzigen Regierungsparteien 1993 ja das Richtwertgesetz gegen den Willen der Freiheitlichen durchgepeitscht haben. Übrigens werden wir in einer Wohndebatte gerne einmal darüber sprechen, mit welcher Begeisterung die SPÖ und auch die ÖVP, aber vor allem die Arbeiterkammer dieses Gesetz bejubelt haben, während wir damals schon gesagt haben, dass die Durchführungsfähigkeit des Gesetzes zu wünschen übrig lässt, was auch prompt eingetreten ist.

Wir stehen natürlich einer Neuordnung des Wohnrechts positiv gegenüber und sind für Verhandlungen bereit. Ich möchte aber feststellen, dass die Republik Österreich und die jetzige Regierung die Verpflichtung hätten, den Mietern durch die Abschaffung der 10-prozentigen Mehrwertsteuer entgegenzukommen. Die anderen Punkte, die diskutiert werden, etwa die Maklergebühren und Ähnliches mehr, sind nämlich in ihrer Bedeutung relativ gering und haben keine beständige Wirkung auf Senkung der Mietkosten.

Interessant ist auch noch die Feststellung, dass EU-rechtlich folgende Situation herrscht: Man hat grundsätzlich von einer unechten Steuerbefreiung bei Vermietung und Verkauf von Immobilien auszugehen. Das heißt, der Vermieter darf dem Mieter nach EU-Recht keine Umsatzsteuer in Rechnung stellen und kann andererseits

keine Vorsteuer für Aufwendungen geltend machen. Entgegen den EU-rechtlichen Vorgaben, die damals in Verhandlung gewesen sind, hat sich Österreich im EU-Beitrittsvertrag die Möglichkeit eingeräumt, abweichend eine Umsatzsteuerpflicht für die Vermietung und Verpachtung von Immobilien und Grundstücken weiterhin gesetzlich festlegen zu können. Und das haben Sie auch prompt getan, indem Sie im USt-Gesetz 1994 zwingend die steuerliche Verpflichtung von 10 Prozent festgelegt haben.

Ich glaube, man kann im Hinblick auf die Verpflichtung der Regierung zu einer Wohnkostensenkung und auf die Rücknahme einer EU-Ausnahme, die Österreich auf Kosten der Mieter durchgesetzt hat, davon ausgehen, dass eine deutliche Senkung der Kosten möglich wäre, wenn wir diese zehn Prozent loswerden würden.

Weiters komme ich noch zum „Smart Meter“. „Smart Meter“ sind neue Elektrozählgeräte, die laut EU-Vorgaben ab 2016 in Österreich die jetzigen Geräte ersetzen werden. Sie werden eine sehr genaue, minutliche beziehungsweise viertelstündliche Datenübermittlung des jeweiligen Stromverbrauchs an den Erzeuger ermöglichen, und es wird jederzeit möglich sein, zu sehen, welche Gegebenheiten damit verbunden sind.

Das heißt aber auch, dass der Datenschutz in Frage gestellt ist, weil der Energieversorger an den Stromdaten die Gebrauchsgewohnheiten des Haushaltes ablesen kann und sogar weiß, welche Geräte betrieben werden. Man kann angeblich – ich weiß nicht, ob das wahr ist – sogar feststellen, welchen TV-Sender jemand gewählt hat. – Das ist eine unhaltbare Entwicklung, und es ist im Sinne eines Datenschutzes dafür Sorge zu tragen, dass diesen Entwicklungen Einhalt geboten wird. Das ist eine dringende Pflicht hier im Gemeinderat! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Gestartet werden soll mit der Umrüstung im Jahr 2016, und das wird zwischen 300 und 360 EUR kosten. Es wurde verlautet, dass diese Kosten nicht auf die Verbraucher umgeschlagen werden. Die Kosten sind anscheinend nicht schätzbar. Sie werden mit 300 Millionen festgelegt. Die Wiener Mietervereinigung schätzt diese Kosten auf 2 Milliarden ein.

Was auch immer der Fall ist, wesentlich ist dabei: Es steht in einer Aussendung von Wien Energie, dass neue Tarifmodelle durch Energielieferanten, die den Verbrauchsgewohnheiten entgegenkommen, in Anspruch genommen werden können. – Das ist als Drohung aufzufassen und bedeutet auf gut Deutsch, dass letzten Endes durch diese neuen Stromzähler verstärkte Strompreiserhöhungen stattfinden können und werden. Allein die Feststellung, dass neue Tarifmodelle angeboten werden, bedeutet mit Sicherheit, dass diese nicht billiger werden.

Wir stellen daher einen entsprechenden Beschlussantrag, dass die Mehrkosten der Umrüstung der Stromzähler im städtischen Wohnbereich nicht auf die Mieter abgewälzt werden, was offensichtlich zugesagt wurde, dass sichergestellt wird, dass es in Folge der Umstellung zu keinen Energiepreiserhöhungen kommt, und dass drittens keinerlei Zugriff auf persönliche Daten erfolgt, an Hand derer Rückschlüsse auf die Lebensgewohnheiten

und Verhaltensweisen der im Haushalt lebenden Personen gezogen werden können und Einblick in das Privatleben genommen werden kann.

Ich glaube, wir bringen mit den nun gestellten Anträgen und mit jenen, die noch kommen werden, hinsichtlich der offenen Anliegen ein Paket von Anträgen ein, die einer Verbilligung der Wohnkosten und einer Verbesserung der Wohnsituation dienen, und ich kann mir nicht vorstellen, dass die Sozialdemokraten das ohne Weiteres, wie von Herrn Dr Stürzenbecher angedeutet, mit einem Federstrich vom Tisch wischen werden. – Ich ersuche um Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Vettermann. Ich erteile es ihm.

GR Heinz **Vettermann** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte zu einigen der Aussagen Stellung nehmen. – Ich beginne damit, dass sich die Freiheitlichen hier quasi als MietervertreterInnen und Freunde des günstigen Wohnens geriert haben. – Dazu muss man sagen: Wenn es eine Vereinigung gibt, die wirklich konsequent auf Seiten der Mieterinnen und Mieter ist, dann ist es aus meiner Sicht die Mietervereinigung, die sich seit langer Zeit wirklich für die individuellen und gesetzlichen Regelungen einsetzt, und im Politischen ist es natürliche die SPÖ. So verhält es sich in Wirklichkeit.

Man macht uns immer Vorwürfe und sagt, die sind ja schon so lange beim Bund und in Wien an der Macht. – Beim Bund stimmt das leider nicht, und dort gab es alle Verschlechterungen, als die SPÖ nicht ressortzuständig war. *(GR Johann Herzog: Geh! Märchen!)* Ich kann mich erinnern, dass der Kategoriezins während einer SPÖ-FPÖ-Koalition aufgehoben wurde und die Kategorie A angehoben wurde. Bei der Richtwertmiete gab es eine ähnliche Entwicklung. Und während der schwarz-blauen beziehungsweise ÖVP-FPÖ-Regierung gab es die aus meiner Sicht letzten Verschlechterungen. Dabei ging es darum, ob man, wenn man zu viel Richtwertzins und Zuschläge bezahlt, das auch zurückfordern kann. Jetzt gibt es eine Dreijahresfrist, und wenn man diese verpasst und nicht zurückgefordert hat, dann bleibt die überhöhte Miete. Und das ist eine deutliche gesetzliche Verschlechterung, noch dazu, da jetzt fast nur mehr befristet vermietet wird und sich der Mieter insbesondere auch überlegen muss, ob er entsprechend den Richtwertmieten etwas zurückfordert. *(GR Johann Herzog: Das habt ihr beschlossen! Was regt ihr euch jetzt auf?)*

Das heißt: Da sind die Verschlechterungen eindeutig und auch politisch zuordenbar. Und dass es den sozialen Wohnbau und geförderte Wohnungen in Wien gibt, ist natürlich auch, wie schon oft gesagt wurde – eine Frucht politischen Willens und politischen Handelns beziehungsweise – auch das kann man einmal klar sagen – sozialdemokratischen politischen Willens und Handelns. Deshalb gibt es die Gemeindebauten, und deshalb gibt es den geförderten Wohnbau auch in diesem Ausmaß in Wien. Das ist politische Verantwortung, und diese kann man, wie ich glaube, nicht nur leicht tragen, sondern darauf kann man tatsächlich, auch wenn das oft kritisiert

wurde, stolz sein! Das ist eine große Leistung gewesen!

Zu Böhmdorfer/Strasser wurde schon etwas gesagt. Und es ist natürlich auch originell, dass man sagt, wie können Sie für Drittstaatsangehörige öffnen, wenn dann die eigenen Minister unterschreiben. – Abgesehen davon, dass das aus sozialdemokratischer Sicht ähnlich vor sich gegangen wäre, möchte ich sehr wohl sagen: Dass Sie es dann angreifen, ist schon eine besondere Chuzpe und ein sinnloser Angriff! (*GRin Henriette Frank: Ich habe das überhaupt nicht gesagt! Da irren Sie sich!*)

Ich habe jetzt auch nicht Sie angesprochen, sondern Kollegen Gudenus, aber der ist jetzt nicht da. Daher habe ich halt in Richtung Gudenus geschaut, der jetzt nicht hier ist. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Hier bin ich!*) Jetzt winkt er von hinten. Ich blickte jedenfalls in die freiheitlichen Reihen, und jetzt habe ich ihn! (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Ja, aber er ist untergetaucht, und das ist auch nicht gerade eine besonders günstige Verhaltensweise! Jetzt ist er aber wieder aufge-taucht. So soll es sein. (*GR Mag Wolfgang Jung: Sie haben keinen Überblick!*)

Dazu, dass die Infrastrukturabgabe auch in Diskussion gekommen ist, muss ich sagen, ja, gut. Ich führe diese Diskussion politisch auch durchaus gerne. Mir kann nämlich niemand erzählen, dass es gerecht ist, wenn die Gemeinschaft zahlt, etwa den U-Bahn-Bau, und dann Private davon profitieren, dass sie aus Zufall dort Immobilien haben, die deutlich an Wert gewinnen. – Ich glaube daher, dass wir den politischen Kampf darum, dass man diesen Wertzuwachs äußerst moderat besteuert und das Geld fürs Wohnen einsetzt, sicherlich gewinnen!

Jetzt noch zur Kollegin Frank: Die 1 500 Seiten Kontrollamtsbericht ... (*GRin Henriette Frank: 1 700 Seiten!*) Ja, ja! Das war natürlich gut, und das ist beeindruckend anzuschauen, das sagt aber zunächst nichts aus, weder etwas Gutes noch etwas Schlechtes! In den 1 500 Seiten finden sich durchaus positive Erwähnungen, aber es gibt auch Kritik. Man muss das natürlich inhaltlich bewerten. Man kann das nicht an der Anzahl der Seiten messen, sondern man muss schauen, was inhaltlich darin steht. Und da gibt es, wie gesagt, durchaus positive Rückmeldungen, und es gibt zugegebener Weise natürlich auch Kritikpunkte, aber man hat versucht, die entsprechenden Anregungen umzusetzen. – Das heißt, nur mit dem Umfang des Berichts zu argumentieren, ist inhaltlich nicht zulässig!

Jetzt zu einigen Inhalten, die gekommen sind. Im Hinblick auf die Betriebskosten wird immer gesagt, dass die öffentlichen Abgaben für Wasser, Abwasser oder Müllabfuhr so hoch sind. – Ich meine: Das zusammen macht 40 Cent pro Quadratmeter, das sind bei einer 70-m²-Wohnung 28 EUR. Wenn man das um 20 Prozent senken würde, erspart man sich nur äußerst wenig. Man muss ja bedenken, dass da Leistungen dahinter stecken: Ein Viertel davon sind Versicherungen, denn die Mieter hätten auch keine Freude, wenn man diese Kosten herunterfährt und sie nicht versichert sind, und die andere Hälfte sind Reinigungskosten et cetera.

Wenn man also so tut, als wäre das der besondere

Preistreiber, dann ist das in der Sache von der objektiven und absoluten Höhe von 40 Cent her nicht gerechtfertigt. Ich bin immer froh, wenn ich den Hahn aufdrehe und entsprechend gutes Wasser in Wien habe. Und auch der Müll kommt gut weg, wenn man das mit anderen Großstädten vergleicht. – Es ist also, wie ich meine, unbestritten, dass den Abgaben auch wirkliche Leistungen gegenüber stehen.

Diesfalls brauchen wir uns und braucht sich die Magistratsabteilung ebenfalls nicht zu verstecken. Ich meine, die diesbezügliche Kritik geht ins Leere! Aus meiner Sicht ist das hauptsächlich eine Nebelgranate. Man versucht, diesen kleinen, winzigen Bereich in besonderer Weise zu diskutieren und zu problematisieren. Das ist aber eine Nebelgranate im Auftrag der privaten Hausbesitzer, die entsprechend über Wohnen wirklich verdienen wollen. Jene sind nämlich die Preistreiber, bei denen gibt es Zuschläge, und da geht es nicht um 40 Cent, sondern da zahlt man 8, 9, 10, 11, 12 EUR pro Quadratmeter. – Dazu sollten Sie sich einmal äußern, aber das trauen sie sich politisch-inhaltlich nicht, und daher werfen Sie sich mit voller Kraft auf diese wirklich kleinen und in der Sache gut argumentierbaren Teile der Betriebskosten. Ich glaube, das ist politisch aus Ihrer Sicht gewollt.

Kollegen Stürzenbecher hat Kollegen Walter ja schon geantwortet, dass es auch die Möglichkeit gäbe, private Hausverwaltungen anzufordern und sich anders verwalten zu lassen. Das findet jedoch nicht statt, und zwar, wie ich meine, auch deshalb, weil die meisten Bewohner auch private Hausverwaltungen oder Leute kennen, die in privaten Häusern leben.

Das sage ich jetzt als Josefstädter, wo es bekannterweise 90 Prozent privaten Altbau gibt. Rufen Sie einmal dort an und sagen Sie, wie es bei uns im Mietermitbestimmungsstatut verankert ist: Da gibt es diese oder jene Schwierigkeit, dort hat man dieses Problem beziehungsweise einen Wickel mit dem Nachbarn! Oder: Ich möchte mir die Betriebskosten noch einmal anschauen. – Bei einer privaten Hausverwaltung glaubt man am Anfang, sie machen einen Scherz. Ihre Beschwerde wird in einem privaten Haus oder bei privaten Hausverwaltungen gar nicht ernst genommen. Und das wissen die Mieterinnen und Mieter, und deshalb bleiben sie bei Wiener Wohnen. Und wenn man sich anschaut, was private Hausverwaltungen kosten, dann sieht man, dass Wiener Wohnen durchaus konkurrenzfähig ist und gut im Rennen liegt.

Aber ich glaube, Sie wollen ja einen Privaten ins Geschäft bringen. Das mag politisch durchaus auf Ihrer Agenda stehen, aber in der Sache gerechtfertigt ist es nicht!

Sie haben argumentativ sozusagen das Kontrollamt ins Spiel gebracht. – Ich sagen Ihnen: Schauen Sie sich einmal einen Kontrollamtsbericht betreffend andere an! Da findet man x Fälle, in denen es heißt: Der private Gutachter hat versagt, die private Bauaufsicht hat versagt, das Zugekaufte hat nicht funktioniert, es gab einen Interessenkonflikt. Da gibt es also bei Weitem nicht nur gute Erfahrungen, und deshalb glaube ich, dass das sicherlich kein Allheilmittel ist.

Das gemeinsame Wohngeld wurde schon angesprochen. Zu Herrn GR Herzog möchte ich bemerken: Wir sind laut § 71 der Stadtverfassung eben nicht ausgegliedert, sondern wir sind ein Betrieb der Stadt Wien. Deshalb trifft nicht zu, dass wir keine Kontrolle haben. Wir diskutieren das bei jedem Rechnungsabschluss und bei jedem Budget. *(GR Johann Herzog: Das habe ich ja gesagt!)*

Das ist ein eigener Punkt. Das Wohnen wird jetzt immer in der Geschäftsgruppe mitdiskutiert, wir beschließen das hier, und es gibt die Berichte. So verhält es sich in Wirklichkeit. Wenn man also sagt, dass der Gemeinderat dabei nichts mitzureden hat, dann ist das faktisch falsch. Kollege Flicker hat das dann noch einmal gebracht und hat wieder mit den öffentlichen Abgaben, also mit diesem winzigen kleinen Bereich von 25 Prozent der Betriebskosten argumentiert, obwohl in diesem Bereich, wie gesagt, den Kosten wirklich gute Leistungen entgegenstehen.

Er hat dann auch noch die Warteliste angesprochen. – Ja, diese gibt es. Man muss nur sagen, dass sie auf mehrere Umstände rückführbar ist. Einerseits gibt es tatsächlich einen erhöhten Bedarf, doch diesen Bedarf haben wir, indem wir die Richtlinien im Hinblick auf Jungwiener geändert haben, bewusst herbeigeführt. 40 Prozent der Personen, die auf Wartelisten stehen, wohnen ja im Gemeindebau, haben aber, zum Beispiel weil sie Jungwiener sind, auch ein Anrecht auf eine weitere Wohnung. Das wollten wir. Wir haben gesagt, dass wir das unterstützen wollen, und daher ist natürlich die Warteliste länger geworden.

Sie haben einen Wasserschadensfall angesprochen. – Ich persönlich hatte zum Beispiel in den letzten zehn Jahren sechs Wasserschäden. Ich wohne in einem Privathaus mit einer privaten Hausverwaltung. Großartig! Es wurden immer eineinhalb Meter renoviert, denn mehr zahlt die Versicherung nicht, und die Bleileitung bricht in einer Tour durch. – So schaut es in einem Privathaus aus! Auch diesbezüglich würden, glaube ich, im Vergleich Wiener Wohnen und der Wiener Gemeindebau sehr gut abschneiden! Man muss eben einmal einen Vergleich ziehen, wo etwas wirklich vergleichbar ist.

Dass entsprechend günstig gebaut wird, zeigt sich auch anhand des Projekts der Smart-Wohnungen. Dort wird äußerst günstig gebaut, indem man zum Beispiel durch eine kluge Bauführung günstigere Grundrisse hat. Dort wird nach ähnlichen Kriterien wie im Gemeindebau vergeben.

Ja. Wir wollen, dass die Wohnbauförderung zweckgewidmet sein soll. Aber in Wien wird das sowieso so gehandhabt. Wir geben das Geld immer für Wohnzwecke aus. Und wir geben stets zur Wohnbauförderung ... *(Zwischenruf von GR Johann Herzog.)* Doch! Nicht für den Neubau, aber für Wohnzwecke! Dazu gehören auch Sanierungen und dergleichen! Daher habe ich von Wohnzwecken gesprochen. So ist das auch gesetzlich! Und wir geben sogar 100 bis 150 Millionen dazu. Das heißt, wir geben das Geld für Wohnzwecke aus, und wir legen noch Geld dazu. Das heißt, wir geben in Wien sogar mehr Geld dafür aus.

Wenn Sie die Mehrwertsteuer wegbringen wollen, dann wünsche ich Ihnen viel Glück bei der Diskussion mit der Finanzministerin! Das ist ja ein Bundesgesetz. Wir würden bei Wiener Wohnen den Vorsteuerabzug verlieren, für uns wäre das kein Glück. Dementsprechend skeptisch sehe ich auch den von Ihnen eingebrachten Antrag.

Eine Bemerkung noch zu dem sogenannten Auslöser und den behaupteten Missständen: Dazu möchte ich sagen, dass es mich politisch ärgert, dass es hier eine Täter-Opfer-Umkehr gibt, die sonst von der FPÖ immer sehr stark kritisiert wird. Bei einem Einbruch oder Raubüberfall sagt man immer, dass eigentlich das Opfer im Mittelpunkt stehen müsste. Wenn man aber Wiener Wohnen schädigt, dann schreien alle: Was ist los mit Wiener Wohnen? Und die Frage, wem das nützt, kann man auch beantworten, nämlich den beauftragten Firmen. Das ist kein Geheimnis und liegt sozusagen ganz klar auf der Hand. Daher muss man schauen, dass die Kontrolle gut funktioniert. Es wird ja dieses Team, das angesprochen wurde, geben.

Kollege Flicker hat beispielsweise gesagt, dass eine ganze Wohnung zerlegt wurde. – Anders kommt man auf einen Fehler aber vielleicht nicht drauf! Das ist unter Umständen im Einzelfall notwendig. Man darf nicht einerseits sagen, dass kontrolliert werden muss, und sich dann darüber beklagen, dass ganze Wohnungen zerlegt werden. Wenn man Kontrolle will, dann muss man sie auch zulassen. Punkt.

Ich glaube, dass man bei Wiener Wohnen gut, schnell und richtig reagiert hat. Wir dürfen uns politisch von den Freiheitlichen nicht diese Täter-Opfer-Umkehr aufs Aug' drücken lassen. Es muss natürlich rückhaltlos aufgeklärt werden. – Rückhaltlose Aufklärung fand statt, es gab auch eine Weiterleitung an die Staatsanwaltschaft.

Manches kann Wiener Wohnen selbst erledigen. Warum leiten wir aber oft auch gleich weiter? – Das ist ja ganz klar: Weil man etwa eine Hausdurchsuchung oder PC-Beschlagnahme und Ähnliches gar nicht allein durchführen kann. Wenn Wiener Wohnen sozusagen selbst einen Verdacht – Möglichkeitsform – hätte, dann reagiert man hart. In nachweisbaren Fällen gibt es einen Ausstieg aus den Verträgen, und es gibt einen Ausschluss aus künftigen Vergabeverfahren, wenn private Firmen uns schädigen.

Ich bin schon beim Schluss: Gleichzeitig meine ich aber, dass man Wiener Wohnen vor ungerechtfertigter Kritik in Schutz nehmen muss. Sowohl politisch als auch von der faktischen Hausverwaltung her bleibt nämlich Wiener Wohnen der Garant für leistbares Wohnen in Wien. – Vielen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Univ-Prof Dr Eisenstein. Ich erteile es ihm.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren.

Eine Reihe von Themen und Problemfällen im Zu-

sammenhang mit Wiener Wohnen wurde schon angesprochen. Wir haben gesprochen über die Zweckbindung der Wohnbauförderung, über die Ausdehnung des Bezuges der Wohnbeihilfe, über den Stromzählertausch, über den Kategoriemietzins, die Adaptierung des Statutes von Wiener Wohnen. Ich werde jetzt einige Ergänzungen anbringen und auf Punkte eingehen, die noch nicht behandelt wurden, und zwar in dreierlei Hinsicht. Dabei werde ich mir erlauben, erstens die Neuerrichtung von Wohnungen, zweitens die Gebührenerhöhungen und drittens allgemeine Probleme im Gemeindebau anzusprechen.

Zur Neuerrichtung von Wohnungen: Wien wächst. – Das ist eine Phrase aus nahezu allen Broschüren, die im Umfeld der Stadt Wien herausgegeben werden. Jetzt zitiere ich das auch einmal: Wien wächst. Was aber leider nicht wächst beziehungsweise nicht entsprechend wächst, das ist der leistbare Wohnraum, wobei die Betonung auf leistbar liegt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Besonders für sozial Schwächere, etwa für junge Menschen, die eine Familie gründen, ist erschwingliches Wohnen in Wien schon zu einer Utopie geworden. Wohnungen sind zu teuer, das gilt teilweise auch für Gemeindewohnungen. Gemeindewohnungen stehen aber vor allem nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung.

Jetzt ein Wort an Kollegen Vettermann. Der Quartalsbericht betreffend das 1. Quartal 2013 von Wiener Wohnen zeigt wieder ein Ansteigen der Vormerkungen. Sie kennen den Bericht genauso gut wie ich, und Sie kennen ihn auch viele Jahre zurück genauso gut wie ich. *(GR Heinz Vettermann: Ja!)*

Es gab ein Ansteigen der Vormerkungen gegenüber dem Vorjahr, sowohl bei den Normalvormerkungen als auch bei den Jungwienvormerkungen. Jetzt halten wir laut Bericht bei 30 700 plus 16 800 Vormerkungen. Dass die Zahl der Vergaben auch leicht gestiegen ist, beruhigt mich überhaupt nicht, weil nämlich ein Abbau dieser Vormerkungen überhaupt nicht in Sicht ist. Wiener Wohnen macht unbekümmert so weiter, und das ist eine sehr unbefriedigende Situation, in welcher die Wohnungssuchenden die Leidtragenden sind.

Ich werde daher heute gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen Henriette Frank, Johann Herzog und Mag Kasal einen Beschlussantrag einbringen, dass die Stadt Wien eine neue Wohnbauoffensive des sozialen Wohnbaus starten muss, um den steigenden Bedarf abzudecken. – Der Beschlussantrag lautet:

„Der Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung wird im Hinblick auf das prognostizierte Bevölkerungswachstum sowie den in Wien steigenden Bedarf an Wohnraum aufgefordert, für ein Wohnbauprogramm von insgesamt jährlich 5 000 zusätzlichen Gemeindewohnungen zu günstigen Mieten, durch deren Errichtung nämlich eine mietpreisdämpfende Wirkung auf den gesamten Wiener Wohnungsmarkt hervorgerufen wird, Sorge zu tragen.

In formeller Hinsicht beantrage ich die sofortige Abstimmung.“

Ich werde den Antrag dann im Nachhinein dem Vorsitzenden übergeben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir werden heute auch über einen Beschluss- und Resolutionsantrag der ÖVP abstimmen, nämlich den Antrag Wohnungspolitik als öffentliche Aufgabe. Der Beschlussantrag besteht eigentlich aus drei Punkten. Wir werden diesem Antrag zustimmen, obwohl wir eigentlich nur die ersten beiden dieser drei Punkte vollinhaltlich unterstützen können. Über den dritten Punkt, nämlich die sanfte Stadterneuerung, werden wir uns noch getrennt unterhalten müssen, meine Damen und Herren von der ÖVP. Aber wir werden wegen der Wichtigkeit und Dringlichkeit dieser Sache dem gesamten Antrag zustimmen. *(GR Dr Kurt Stürzenbecher: Trotzdem keine Mehrheit!)*

Ich fürchte, dass wir trotzdem keine Mehrheit haben, das hat der Kollege Stürzenbecher richtig erkannt, aber ich wollte das jetzt ganz einfach hier an dieser Stelle gesagt haben.

Zweitens: Dass Wohnen teuer ist, meine Damen und Herren, das liegt auch an den zahlreichen Gebührenerhöhungen, mit denen und durch die Wohnen halt noch zusätzlich verteuert wird. Ich weiß, ihr könnt das schon nicht mehr hören, ihr – entschuldigen Sie diese schmissige Ausdrucksweise –, Sie von der SPÖ. Über die Richtwertzinse haben wir ja heute schon gesprochen, dass die allgemeinen Lebenshaltungskosten steigen, wissen wir auch. Aber die Gemeinde Wien trägt bitte schon das Ihre dazu bei, dass immer mehr Wienerinnen und Wiener in die Armut abgleiten.

Ich muss jetzt nicht alles wiederholen, was der Kollege Flicker schon gesagt hat, aber in den letzten zwei Jahren unter Rot-Grün in Wien sind schon sehr viele Sachen im engeren Zusammenhang mit Wiener Wohnen deutlich und dramatisch und drastisch erhöht worden: Kategoriemietzins, aber der Richtwertzins ist auch nicht ausgeschlossen, bei Neuvermietung zum Beispiel. Der Gaspreis ist ja insofern eine Kuriosität, als der üblicherweise zwei Mal im Jahr angehoben und dann im Jänner oder Februar medienwirksam wieder um ein Weniges zurückgenommen wird. Dann im Herbst steigt das alles wieder: Fernwärme, Müllgebühr, Kanalgebühr, Wasser, Wasserzählergebühr – die meistens übersehen wird –, Kehrtarif vom Rauchfangkehrer. Alles das sind Kosten, meine Damen und Herren, die in ursächlichem Zusammenhang mit Wohnen anfallen und die dramatisch steigen, von Jahr zu Jahr, immer wieder. Jetzt habe ich gar nicht Steigerungen in anderen Bereichen genannt, von den Pflegegebühren über die Tarife in Pensionisten-Wohnhäusern bis hin zur Ortstaxe, das klammere ich jetzt einmal aus, aber das alles ist eine Sache, die Rot-Grün zu verantworten haben, das alles sind Dinge, die den Wienerinnen und Wienern weniger Geld im Geldbörsel lassen. Danke schön an Rot und Grün. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dazu – und das ich weiß schon, die SPÖ hört das auch nicht gerne – werden immer noch Überschüsse bei Einnahmen aus Wasser, Müll und wahrscheinlich auch Kanal – inzwischen ein ausgegliederter Betrieb – erzielt, die sich ja zu einer Steuer entwickelt haben. Ich nenne die Zahlen jetzt noch einmal, weil sie ganz einfach dramatisch sind: im Voranschlag 2013 war es, dass wir beim Müll 48,3 Millionen EUR zu viel eingehoben haben,

85,8 Millionen EUR bei Wasser, zu Gunsten des allgemeinen Budgets der Stadt Wien, mit satten jährlichen Steigerungen, alles das zu Lasten der Wohnbevölkerung und ohne eine zusätzliche Gegenleistung seitens der Gemeinde. Hier wäre es wieder einmal dringend notwendig – und ich fordere das ohnehin jedes Mal, wenn ich hier am Pult stehe –, zur Kostendeckung zurückzukehren und die Valorisierungsbestimmungen in diesem Bereich aufzuheben, damit sich eben die Wienerinnen und Wiener das Leben auch wieder leisten können.

In einem anderen Zusammenhang hat der Kollege Stürzenbecher einmal gesagt: Wir bekämpfen die Armut. – Ich glaube, da zitiere ich richtig. Das sagen Sie so schmissig dahin, aber ich erkenne das Gegenteil. (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Schmissig ist bei mir unpassend!*) – Gut, schmissig ist unpassend. – Das sagen Sie so leichthin, aber Herr Kollege Stürzenbecher, da unterhalten wir uns dann später darüber. – Die Maßnahmen, die Sie und Ihr grüner Koalitionspartner getroffen haben, die Sie wollen, denen Sie zustimmen und die Sie durchziehen, die fördern ja geradezu die Armut, und das kann ich so ganz einfach nicht akzeptieren.

Einige Probleme, die sich durch Zustände im Gemeindebau ergeben, muss ich schon noch ansprechen, weil davon heute noch nicht die Rede war. Da ist einmal das allgemeine Problem der Kontrolle. Es gibt – und das wird wohl niemand bestreiten – eine Reihe von Missständen in einzelnen – und ich sage nicht, in allen – Bauten, Vandalismus, Müllablagerungen, wir kennen das alle. Das alles gibt es. Die Ordnungsberater, die hier eingesetzt sind, sind mit Sicherheit überfordert, sie können natürlich nicht überall sein. Dem schon genannten, 1. Quartalsbericht 2013 von Wiener Wohnen entnehme ich, dass die 23 Ordnungsberater – das heißt, 23 sind ja nicht gleichzeitig eingesetzt, es gibt auch mindestens einen Chef, also sagen wir einmal, 22 – im Berichtszeitraum 5 300 Kontrollen durchgeführt haben. Das heißt, jeder Ordnungsberater hat an jedem Werktag drei bis vier Kontrollen gemacht, und das bedeutet für mich Gemeindebauten besucht. Das ist einerseits zu viel, um gründlich zu kontrollieren. Wenn Sie sich vorstellen – nehmen wir einen großen Gemeindebau, den Hugo Breitner Hof, da wird es wohl nicht möglich sein, mehr in einem Tag zu machen, als ganz einfach nur durchzugehen –, dass die Ordnungsberater dabei nur 672 Gespräche geführt haben, also jeder Ordnungsberater höchstens eines an jedem zweiten Tag, verwundert das nicht, ist aber zu wenig.

Daher lautet das Resümee daraus: Man müsste die Anzahl der Ordnungsberater aufstocken. Vielleicht könnte man das im Zuge der Zusammenlegung von Service und Anlaufstellen bei Wiener Wohnen tun. Der Herr Stadtrat ist ja nicht grundsätzlich abgeneigt, einer solchen Zusammenlegung zuzustimmen, aber leider ist diese Zusammenlegung ziemlich ins Stocken geraten. Ich meine, dass die Anwesenheit einer Anlaufstelle vor Ort in den Gemeindebauten sehr, sehr wichtig ist, egal, ob es jetzt den Ordnungsberater trägt oder nicht. Es hat sich nämlich herausgestellt und meine Recherchen haben ergeben, dass sich die Wohnpartner zum Teil – und

ich suche jetzt nach einem nichtbeleidigenden Wort – als nicht wirklich brauchbar herausgestellt haben. Derzeit erscheint mir der Einsatz der Ordnungsberater, obwohl sie ja Kontrolle ausüben sollen, eher unkontrolliert zu sein.

Es gibt wirklich zahlreiche Probleme in einzelnen – und ich betone noch einmal, einzelnen, damit ich dann nicht wieder falsch zitiert werde – Gemeindebauten, und zwar Probleme, die immer wieder auftauchen. Da nenne ich jetzt nur zwei Bereiche: Zum Ersten leben in einigen Gemeindebauten Personen, die sich absolut nicht in die Hausgemeinschaft integrieren können oder wollen. (*Beifall bei der FPÖ.*) Das ist ein Problem. Es gibt Gemeindebauten, wo Ruhestörungen an der Tagesordnung und auch an der Nachtordnung sind. Ich gebe zu, manche dieser Ruhestörer mögen psychisch krank sein, andere sind vielleicht Alkoholiker, aber es gibt auch unleidliches Verhalten von Bewohnern von Gemeindebauten, von denen viele – nicht alle, aber viele von ihnen – Migrationshintergrund haben. Viele dieser Migranten zeigen sich als absolut integrationsunwillig, offensichtlich auch integrationsunfähig, ihre Äußerungen reichen bis hin zu Beschimpfungen und Drohungen, die weit über reine Belästigungen hinausgehen. Konsequenzen seitens Wiener Wohnen gibt es hier keine.

Zum Zweiten schauen manche Spielplätze und Grünflächen in Gemeindebauten wirklich wie Müllhalden aus, manche, in manchen Bauten, das ist keine Verallgemeinerung. Wenn dann Schmutz und Mist entfernt werden, passiert das nur an den Stellen, wo der Dreck leicht erreichbar ist, Büsche werden dann kaum noch gesäubert. Dass auch Hinweistafeln abmontiert, Wände beschmiert werden, Vandalismusspuren sichtbar sind, sage ich nur nebenbei, auch dass die vorhandenen Müllcontainer den anfallenden Mist oft nicht mehr aufnehmen können. Auch in Kellerabteilen wird immer wieder Müll gelagert, in einzelnen Fällen selbstverständlich, und alle Hausbewohner müssen dann für die Entsorgung zahlen. Und das Kuriose ist, wenn dann ein Termin für die Räumung des Kellers vom Mist angekündigt ist, gibt es offensichtlich für manche Hausbewohner überhaupt kein Halten mehr, dann stürzen sie wie verrückt – um das einmal so auszudrücken – mit ihrem Restmüll und mit ihrem Sperrmüll aus den Wohnungen auch noch in die Keller, um das auch noch dort abzulagern. Zahlen müssen es alle, Konsequenzen seitens Wiener Wohnen gibt es keine, auch nicht, wenn einzelne Balkone als Müllablagerungsstätten verwendet werden.

Beschwerden über solche und ähnliche Zustände und Fälle haben bisher so gut wie nichts gebracht, weder bei Wiener Wohnen noch bei den Wohnpartnern noch an irgendeiner anderen Stelle. Was hier fehlt, sind eben Konsequenzen, die Wiener Wohnen ganz einfach nicht zieht. (*Beifall bei der FPÖ.*) Man hört als Auskunft: „Ja, wenn wir den oder die delogieren, dann müssen wir ihm oder ihr eine andere Wohnung geben.“ – Nein, meine Damen und Herren von SPÖ und GRÜNEN, müssen Sie nicht. Wer sich bei uns nicht an die Regeln des Zusammenlebens hält, der hat auch in einem Gemeindebau nichts verloren, zum Schutz nämlich derer, die sich rich-

tig verhalten. (*Beifall bei der FPÖ.*) Oder man bekommt als Auskunft: „Na ja, nicht jeder Konflikt lässt sich durch Gesetze und Bestimmungen regeln.“ – Das mag schon sein, aber Missstände einfach so anstehen zu lassen oder einfach zu ignorieren, ist halt auch keine Lösung. Oder man bekommt überhaupt keine Auskunft und keine Rückmeldung.

Daher, sehr geehrter Herr Stadtrat, sehr geehrter Herr Direktor, ziehen Sie bitte bei Missständen die Konsequenzen, entfernen Sie Personen aus Gemeindewohnungen, die sich nicht an die Regeln halten können oder wollen, dann bekommen wir auch wieder mehr Gemeindewohnungen zur Vergabe an Personen frei, die für eine Zuweisung dankbar sind und die sich einer Zuweisung als würdig erweisen. Und nehmen Sie bitte die Beschwerden ernst. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Kasal. Ich erteile es ihm.

GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Herr Stadtrat? (*Der Redner blickt suchend durch den Raum.*) Ist er nicht mehr da? Ich möchte nichts Schlechtes über ihn sagen, wenn er es nicht persönlich hören kann, aber ich finde es schon sehr bemerkenswert, dass, wenn es heute eine Sondersitzung des Gemeinderates zum Thema „Missstände bei Wiener Wohnen“ gibt, der verantwortliche Herr Stadtrat während der Sitzung nicht anwesend ist. Ich möchte ihm nicht unrecht tun, vielleicht ist er am WC, aber ich sehe ihn bereits seit einer Viertelstunde nicht. (*GRin Dr Claudia Laschan: Er hat sich abgemeldet!*) Bitte? Was hat er? (*GRin Dr Claudia Laschan: Er hat sich abgemeldet!*) Er hat sich abgemeldet? Ja, politisch hat er sich abgemeldet, leider Gottes, aus seiner Verantwortung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Jedenfalls möchte ich nur eines sagen: Es ist eine Respektlosigkeit gegenüber dem Gemeinderat. Er hat sich heute in seiner Wortmeldung gerühmt, dass er sich gleich persönlich zu Wort gemeldet hat und herausgekommen ist. Wahrscheinlich hat er es gleich zu Beginn gemacht, weil er offensichtlich weg musste. Er hat aber in seiner Rede mit keinem Wort erwähnt ... (*Zwischenruf von GR Kurt Wagner.*) – Sehen Sie, ich freue mich total, wenn Sie schreien, dann weiß ich, dass das richtig ist, was ich sage. (*Beifall bei der FPÖ. – GR Kurt Wagner: Ich schreie nicht!*) – Aber er hat in seiner Rede mit keinem Wort die aktuellen Missstände und Skandale angesprochen, und das ist auch bemerkenswert.

Die angesprochenen Skandale sind aber nur die Spitze des Eisberges. Mit getürkten Rechnungen für Sanierungsarbeiten um bis zu 40 Prozent mehr kassiert, okay, wird aufgegriffen vom Herrn Wohnbaustadtrat. Klar, er ist bemüht, die Vorgänge in seinem Ressort restlos aufzuklären, habe ich in der Zeitung gelesen, und dann, wörtliches Zitat: „Jede falsche Rechnung wird eingeklagt, die Betroffenen werden zur Kasse gebeten.“

Hier auch ganz kurz zum Kollegen Vettermann betreffend Täter-Opfer-Umkehr: Was passiert mit den Mieterinnen und Mietern im Gemeindebau bei der Abrechnungs- und Rücklagenproblematik bei § 18-

Sanierungen? Wie wird den Mieterinnen und Mietern von Wiener Wohnen geholfen, wenn die Betriebskostenabrechnungen nicht stimmen? Wo ist da die Täter-Opfer-Umkehr, und wie kommen die zu ihrem Recht, ohne die bürokratischen Hürden eines Beschwerdemanagements oder einer Schlichtungsstelle?

Es darf bei Wiener Wohnen einfach nicht passieren, dass da falsch abgerechnet wird. Das Beschwerdemanagement bei Wiener Wohnen wird ja angeblich gerade neu aufgestellt, bis jetzt ist es sehr zahnlos und ineffizient und es droht, auch so zu bleiben. Die Schlichtungsstelle arbeitet gut, arbeitet sogar hervorragend, allerdings bei Wiener Wohnen bekommt man – höflich gesagt – manchmal den Eindruck, dass sie sehr, sehr vorsichtig agiert. Die Mieterinnen und Mieter von Wiener Wohnen brauchen aber ein zeitgemäßes Beschwerdemanagement und haben das Recht auf eine professionelle Unterstützung. Wir fordern eine weisungsfreie Schiedsstelle mit direkter Zuständigkeit für Wiener Wohnen, ungerechte Behandlungen von Mieterinnen und Mietern sollen verhindert und gefällte Entscheidungen auf ihre Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit überprüft werden.

In diesem Zusammenhang bringe ich auch unseren Beschlussantrag zur Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle für den Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich von Wiener Wohnen ein. (*Beifall bei der FPÖ. – Der Redner übergibt den Beschlussantrag an den Vorsitzenden.*) – Na, kommen mir der Herr Vorsitzende ein bisserl entgegen?

Und zu all den kritischen Stimmen, die sagen werden, was so eine Ombudsstelle vielleicht kosten könnte, sei nur erwähnt, dass sich in der vorletzten Sitzung des Wohnbauausschusses der Herr Stadtrat für den Wohnfonds Wien neuerlich 600 000 EUR für zusätzliche Marketingmaßnahmen genehmigt hat. Damit könnte diese Ombudsstelle mehrere Jahre arbeiten.

Aber, Herr Stadtrat in Abwesenheit, Sie haben heute in der Früh auch gesagt, das, was wir reden, setzen wir um. – Genau das vermisse ich, dass das, worüber Sie reden, umgesetzt wird. Sie haben von Partizipation bei der Überarbeitung des Mietermitbestimmungsstatuts gesprochen. Ein schlechter Scherz. Im Regierungsübereinkommen steht: Stärkung der unabhängigen Mieterbeiräte, Überarbeitung des Mitbestimmungsstatutes. – In den letzten Jahren waren aber weder der Wohnbauausschuss zur Partizipation eingeladen noch die zuständigen Mandatsträger als Mieterbeiräte. In diesem Zusammenhang ersuche ich um Zustimmung für eine unabhängige Ombudsstelle. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Frank, zum zweiten Mal. Sie haben 6 Minuten und 31 Sekunden.

GRin Henriette **Frank** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke, Herr Vorsitzender!

Ich möchte nur ganz kurz zu meinen Kollegen Folgendes sagen:

Der Herr Dr Stürzenbecher hat die Mieterbeiräte so hervorgehoben. Die Institution als solche ist richtig, aber reden Sie mit den Mieterbeiräten. Es ist äußerst mühsam, etwas durchzubringen, wenn man von Wiener

Wohnen etwas will. Und zu dem, was Sie hier gesagt haben, Herr Dr Stürzenbecher: Grau, mein Freund, ist alle Theorie. Denn so ist es nicht, dass die das große Sagen hätten, sondern sie sind manchmal gezwungen, das umzusetzen, was Sie möchten, und nicht den umgekehrten Weg.

Aber eigentlich möchte ich noch zum Herrn Vettermann etwas sagen. Sie haben gesagt, dass die Mietervereinigung und die SPÖ auf der Seite der Mieter sind, und zwar als Einzige. Und dann, ein wenig später, haben Sie die Versicherungen ins Treffen geführt, dass ein Viertel der Betriebskosten die Versicherungen ausmachen und sich die Mieter beschweren würden. – Wissen Sie, wer sich massiv beschwert hat? Die Mietervereinigung! Lesen sie die Zeitschrift „Mietervereinigung“, da steht's ja drinnen! – Sie sagen jetzt, dass das so furchtbar ist, wenn wir die Betriebskosten aufzeigen. Aber die Mietervereinigung zeigt dasselbe auf und die Mietervereinigung steht auf der Seite der Mieter. Und wir sind populistisch? Irgendwie müssen Sie auch einmal die Kurve kriegen, so geht's ja wieder nicht! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ein Punkt war dann noch, und zwar, dass die SPÖ bei allen Verschlechterungen im Bund nicht zuständig war. Acht Jahre in der Regierung, nichts passiert!? – Kann nicht so schlecht gewesen sein. Wenn mich etwas massiv stört, ändere ich die Dinge. Und dann kommen Sie – und deswegen habe ich mich jetzt gemeldet (*GR Heinz Vettermann: Wiener Wohnen ist geschädigt!*) –, mit der Täter-Opfer-Rolle! Wenn ich heute einem Dieb anordne, jemandem etwas wegzunehmen, dann bin ich mindestens Mittäter. Opfer ist der, der beraubt, bestohlen, was immer wird. Opfer ist der Mieter. Sie sind zumindest Mittäter. Das muss Ihnen schon klar sein. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die Frau Hebein, Sie und der Herr Dr Stürzenbecher haben alle drei so getan – und das ist jetzt der eigentliche Grund meiner Wortmeldung –, na ja, das Kontrollamt – hat die Frau Hebein gesagt –, das kann richtig sein, muss aber nicht, na ja, ein paar Beispiele vom Kontrollamt. – Das Kontrollamt ist die einzige Institution, wo wir irgendetwas erfahren. Und meine ganze Fraktion unterstellt dem Kontrollamt nicht, dass es nicht wahr ist, dass das irgendwelche Beispiele sind. Im Gegenteil, wenn man dem Kontrollamt etwas unterstellen kann, dann, dass es äußerst fundiert und genau recherchiert und uns darüber informiert.

Und nur, weil Sie dieses Wissen verweigern, weil Sie dann zum Handeln gezwungen sind. Wie hat das geheißen? – Wiens Kundgebung des politischen Handelns. – Das Kontrollamt liefert Ihnen die Grundlage. Sie brauchen es nur mehr umsetzen. Und dazu brauchen Sie aber einen politischen Willen, der Ihnen bisher leider nicht ganz gegeben ist. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung der eingebrachten Anträge.

Der Beschlussantrag betreffend Zweckbindung der Wohnbauförderung, eingebracht von der FPÖ. Wer die-

sem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist gegen die Regierungsmehrheit und somit abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend Festsetzung des Mietzinses bei Gemeindewohnungen der Stadt Wien nach dem Kategoriemietzins. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist gegen die Stimmen der Regierungsparteien die Minderheit. – Oh, pardon, die Regierungsparteien und die ÖVP. Entschuldigung.

Antrag der FPÖ betreffend die Ermöglichung des Bezuges von Wohnbeihilfen der Gemeinde Wien für bisher davon ausgeschlossenen Personenkreis. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist gegen die Regierungsmehrheit abgelehnt.

Ein Antrag der ÖVP betreffend die Wiener Bauordnung, dass diverse Verordnungen entstaubt werden sollen. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist gegen die Regierungsparteien die Minderheit und somit abgelehnt.

Ein Antrag der ÖVP betreffend Wohnungspolitik als öffentliche Aufgabe. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist gegen die Regierungsparteien die Minderheit und somit abgelehnt.

Antrag der ÖVP betreffend Gehalts-Check bei Wiener Wohnen. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist die ÖVP alleine und damit die Minderheit.

Ein Beschlussantrag der FPÖ betreffend eine zeitgemäße Anpassung des Statuts für die Unternehmung Stadt Wien – Wiener Wohnen. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist die Minderheit gegen die Regierungsmehrheit.

Ein Antrag der FPÖ betreffend die Streichung der Mehrwertsteuer bei Wohnmieten. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist gegen Regierungsmehrheit und gegen die ÖVP abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend Smart-Meter. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist gegen die Regierungsmehrheit abgelehnt.

Antrag der FPÖ betreffend Neuerrichtung von Wohnungen im städtischen Wohnbau. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist gegen die Regierungsmehrheit abgelehnt.

Beschlussantrag der FPÖ betreffend unabhängige Ombudsstelle im Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich von Wiener Wohnen. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist mit der Regierungsmehrheit abgelehnt.

Damit haben wir die Tagesordnung und alle Anträge abgearbeitet. Ich danke fürs Kommen und schließe die Sitzung.

(*Ende der Sitzung um 11.24 Uhr.*)